Nr. 35 — 165. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Mittwoch, 11. Februar 1931

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landeszeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau im Heim und Beruf" „Gut Brand", „Vaterländische Blätter" „Kinder-Zeitung" „Der Handwerksmeister" u. „Der Landwirt" erscheint täglich morgens, außer Montags Monatl. Bezugspreis 2.20 ℳ im Postbezug 2.20 ℳ ausschl. Bestellgeld Im Falle höherer Gewalt, bei Streik Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung oder auf Rückzahl. des Bezugspreises — Herausgeber und Verleger: Hofrat Staercke. Verantwortl. für Reichs- u. Landespolitik u. f. d. Feuilleton: Erich Meinhard: f. Lokales u. Sport: Ernst Rottmann: f. d. Anzeig.: Wilh. Brand — Druck der Meyerschen Hofbuchdruckerei, sämtl. in Detmold. — Geschäftsstelle in Detmold: Paulinenstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 G.-Pf. Familienanzeigen und Stellengesuche 12 G.-Pf., amtliche Anzeigen 25 G.-Pf. die Millimeterzeile oder deren Raum: Reklamen 50 G.-Pf. Schwierigerer Satz mit 50% Aufschlag. Beilagengebühr: 1000 Stück 15 G.-M. bei Teilauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Zeilenpreis. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt gilt als Kassenrabatt und kommt in Wegfall bei Überschreitung der Zahlungsfrist, bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Vergleiche. Postscheckkonto: Hannover Nr. 7446. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold Paulinenstraße 14. Fernsprech-Nummer 2441 — Redaktionsruf nachts Nr. 2405.

Offener Kriegsausbruch im Reichstag

Die Nationalsozialisten verlassen das Reichsparlament - Die Deutschnationalen und ein Teil der Landvolkfraktion erklären sich mit ihnen solidarisch - Rücktritt des Vizepräsidenten Stöhr

vdz. **Berlin**, 10. Febr. Die heutige Sitzung, in der die große außenpolitische Auseinandersetzung zwischen der Rechten und dem Außenminister erwartet wurde, begann mit einer Sensation, die nicht nur den Verlauf dieser Sitzung, sondern auch den weiteren Verlauf der parlamentarischen Arbeit überhaupt entscheidend geändert hat. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Stöhr gab eine Kriegserklärung gegen den Reichstag ab, deren Bedeutung die Nationalsozialisten dadurch äußerlich zu kennzeichnen suchten, daß sie sich von den Plätzen erhoben und stehend ihrem Führer zuhörten. Stöhr erklärte, mit den Beschlüssen der letzten Sitzung zur Geschäftsordnung und zur Immunitätsfrage habe der Reichstag die Verfassung verletzt. Die Nationalsozialisten würden sich aus diesem Young-Reichstag entfernen und den Kampf für ihre Ziele außerhalb des Parlaments im Volke weiterführen. Sie behielten sich allerdings vor, dann in den Reichstag zurückzukehren, wenn es gelte, „besonders tückische Angriffe" des Parlaments gegen das Volk abzuwehren. Aus dieser Kampfansage, die von der Mehrheit mit ironischem Beifall begrüßt wurde, haben die Nationalsozialisten sogleich die Konsequenzen gezogen, daß sie ihre Ämter im Reichstagsvorstand und ihre Ausschußsitze aufgegeben haben. Es muß also auch für den ausscheidenden Vizepräsidenten Stöhr eine Neuwahl vorgenommen werden.

Als die Nationalsozialisten mit Heilrufen den Saal verlassen hatten, gab für die Deutschnationalen der Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven eine scharf gehaltene Protesterklärung ab. Die Deutschnationalen wollen zwar nicht, wie die Nationalsozialisten den Reichstagsverhandlungen dauernd fernbleiben, aber sie machen die außenpolitische Aussprache nicht mit. Dem Auszug der beiden Fraktionen schloß sich mit drei Gesinnungsgenossen noch der Landvolkabgeordnete Dr. Wendthausen an. Für die Kommunisten erklärte der Abgeordnete Stöcker, daß sie das Komödienspiel der Rechten nicht mitmachen, sondern innerhalb des Reichstags ihren Kampf gegen das heutige System fortsetzen würden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hielt seine große außenpolitische Rede nunmehr vor einem Auditorium, das zwar durch die Enthlößung des rechten Klüngels kleiner als sonst, aber aus demselben Grunde auch viel ernster als sonst war. Sein Bericht über die Genfer Verhandlungen, über die gesamte politische Situation und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für eine am ehrlichen Verständigungswillen festhaltende tatkräftige deutsche Außenpolitik wurde wiederholt durch Zustimmungskundgebungen unterbrochen und fand am Schluß lebhaften Beifall. Die Rede wurde — und das kam auch in der folgenden Debatte zum Ausdruck — als die sachliche Darlegung eines klugen Staatsmannes gewürdigt, der bei der tatkräftigen Verfolgung der deutschen Forderungen Weg und Tempo nicht durch ein billiges Popularitätsbedürfnis beeinflussen läßt.

Diese Anerkennung wurde dem Minister von den drei Rednern gezollt, die heute zum Wort kamen; es waren die Abgeordneten Stampfer (Soz.), Dr. Kaas (Zentr.) und Dauch (D. V. P.): Schärfer noch, als es der Minister in seiner exponierten Stellung tun konnte, betonten diese innerpolitisch so scharf getrennten Parteimänner das einheitliche Verlangen des deutschen Volkes nach endlicher Erfüllung der Verpflichtungen, die unsere Versailler Vertragspartner in der Abrüstungsfrage, in den Fragen des Minderheitenschutzes und auch für eine erträgliche Lösung des Reparationsproblems übernommen haben. Die Aussprache, die sich bisher in selten ruhiger und sachlicher Form abwickelte, soll am Mittwoch, 3 Uhr, fortgesetzt werden.

Die Rede des Außenministers

wtb. **Berlin**, 10. Febr. In seiner Rede im Reichstag gab Reichsaußenminister Dr. Curtius eine eingehende Darlegung der wichtigsten allgemeinen Fragen der deutschen Außenpolitik. Bezüglich der Genfer Europakonferenz betonte er, daß Deutschland an dem Standpunkt der Antwort auf das Briand-Memorandum festhält und volle Gleichberechtigung und Ausgleich der Lebensnotwendigkeiten aller Völker fordert. Dr. Curtius begrüßte die prinzipielle Bereiterklärung der Sowjetregierung, an den Beratungen des Europaausschusses teilzunehmen. Er wies darauf hin, daß die Schaffung einer neuen Rechts- und Friedensorganisation allseitige Zusammenarbeit erfordert und auch für Deutschland eine einseitige Orientierung ausschließt. Das deutsch-französische Verhältnis ist in gewissem Sinne der Angelpunkt der großen europäischen Fragen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, an die Reform derjenigen Verhältnisse heranzugehen, die sich als unhaltbar erweisen. Wir wollen nicht, daß das neue Europa auf der Grundlage unseres schwersten Niederbruches aufgebaut wird.

Zur Abrüstungsfrage wiederholte Dr. Curtius, daß der Genfer Konventionsentwurf keine verpflichtende Kraft hat. Er begrüßte die endliche Festsetzung eines Datums der allgemeinen Abrüstungskonferenz und fuhr fort: Wir haben einen klaren Rechtsanspruch auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung und werden uns mit einer längeren Verzögerung nicht abfinden. Wir verlangen denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Nicht nur für uns ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüfstein des Völkerbundes.

Dr. Curtius unterstrich zu den deutsch-polnischen Fragen übergehend, die Wichtigkeit des Ratsbeschlusses über die Gewalttaten in Oberschlesien und sprach die Erwartung aus, daß die polnische Regierung im Sinne dieses Beschlusses das Erforderliche veranlaßt. Deutschland werde das Ergebnis genau prüfen und behalte sich vor, falls es seinen Erwartungen nicht entspricht, die notwendigen Anträge zu stellen. Deutschland wird, wie bisher, Minderheitenschutz und Entwicklung des Volkstumsgedankens als Hauptaufgaben seiner Außenpolitik betrachten.

Hinsichtlich der allgemeinen Einstellung Deutschlands zum Völkerbund erklärte Dr. Curtius: Kritik und Enttäuschung seien nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, unsere Mitgliedschaft und damit den Kampf in Genf aufzugeben. Er warnte vor einer demonstrativen Geste, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt stehe, daß Deutschland unter allen Umständen im Völkerbund zu bleiben hätte, gleichviel, wie dort künftig die Entscheidungen in den für Deutschland wichtigen Fragen ausfallen. Heute könne jedenfalls noch nicht gesagt werden, daß sich die Möglichkeit, die deutschen Interessen und Ansichten in Genf zur Geltung zu bringen, endgültig als illusorisch erwiesen habe.

Zur Kriegsschuldfrage erwähnte der Minister die jahrelangen Bemühungen und Leistungen der Reichsregierung, die ihren Kampf fortsetzen und weiterhin alle gesetzlichen Mittel einsetzen werde, um das Volk von der ihm aufgezwungenen seelischen Last zu befreien.

Schließlich ging er auf die Reparationsfrage ein. Er erklärte: Es steht fest, daß wir über unsere öffentlichen Schuldverpflichtungen nur auf dem Vertragswege, nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung verhandeln und handeln werden. Dr. Curtius verwies auf die Ausführungen des Reichskanzlers, daß Zeitpunkt und Maßnahme für eine Erleichterung unserer Lasten nicht außerhalb des Gesamtzusammenhanges der Außenpolitik bestimmt werden dürfen.

Unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet

Nationalsozialistische Zellenbildung in Bayern.

wtb. **München**, 10. Febr. Der Polizeibericht meldet: Gelegentlich einer Erhebung in einer Landfriedensbruchsache fiel der Polizeidirektion ein Schriftstück in die Hände, wonach die S.-A. der N. S. D. A. P. die Aufstellung von Vertrauensleuten bei Reichs-, Land- und Gemeindebehörden durchgeführt hat, deren Aufgabe es war, Geheimerlasse und Verfügungen dieser Behörden, insbesondere der örtlichen Polizei und Landespolizei, der obersten S.-A. möglichst im Original zuzuführen. Die Vertrauensleute hatten ihre Mitteilungen unter Weglassung ihres Namens lediglich mit einer von ihnen vor der Leitung zugeteilten Nummer an die Adresse des Hauptmanns a. D. Rister in München einzusenden. Eine bei diesem vorgenommene Durchsuchung führte zur Beschlagnahme von zahlreichem Material und zu weiteren Nachsuchungen bei der Leitung der S.-A. Hauptmann Rister wurde festgenommen und wegen Verdachts des Hochverrats dem Gericht übergeben.

Die Einbrecher mit dem Diplomatenauto verhaftet

wtb. **Berlin**, 10. Febr. Die Diebeskolonne, die, wie gemeldet, in der Nacht zum Sonntag den Kraftwagen eines Attachés der spanischen Botschaft stahl und später einen Einbruch in ein Radiogeschäft in Berlin-Wilmersdorf verübte, ist von der Polizei ermittelt und festgenommen worden. Der 20 Jahre alte Koaschkzky war bei dem Einbruch von dem Ladeninhaber angeschossen und ernstlich verletzt worden und mußte von einem Komplizen in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden, wo er gestern von der Polizei ermittelt wurde. Zwei Mittäter konnten gestern abend in einem Lokal in der Frankfurter Allee, und das vierte Mitglied der Kolonne heute früh in seiner elterlichen Wohnung festgenommen werden. Es handelt sich bei allen vier um junge Burschen von wenig mehr als 20 Jahren.

Der Schiffszusammenstoß bei Kobe

69 Personen vermißt.

wtb. **Tokio**, 10. Febr. Nach den letzten Meldungen über den Untergang der Dampffähre, die nach einem Zusammenstoß mit dem französischen Passagierdampfer „Porthos" unweit des Hafens von Kobe sank, werden 69 Personen vermißt. Der Zusammenstoß ereignete sich bei schwerem Schneesturm, der die Sicht vollkommen versperrte.

Durch eine Bekanntmachung der österreichischen Bundesregierung wird die Wahl des Bundespräsidenten für den 18 Oktober 1931 ausgeschrieben.

Die Voruntersuchung gegen die 77 Offiziere und Unteroffiziere, die in den Aufstandsversuch von Jaca verwickelt waren, ist abgeschlossen. Man nimmt an, daß vier oder fünf Angeklagte zum Tode verurteilt werden. — Das spanische Amtsblatt enthält die Aufforderung an den ehemaligen Fliegermajor Franco, sich binnen 30 Tagen einem Militärgericht in Madrid zu stellen.

Präsident Hoover hat den Bundeskongreß um die Bewilligung von weiteren 500 000 Dollar für das Einwanderungsbüro ersucht, damit dieses die Deportierung lästiger Ausländer beschleunigen könne.

Tagesspiegel

Eine Million Lehrer gesucht

Während in Deutschland noch nicht einmal alle Junglehrer untergebracht sind, gibt es ein Land, das sich lebhaft über den Mangel an Lehrern beklagt: China. Ein Lehrer hätte in diesem Riesenreich geradezu phantastisch gute Aussichten, vorwärts zu kommen.

In China gibt es gegenwärtig 37 Millionen Kinder, die im schulpflichtigen Alter stehen und dennoch eine Schule nicht besuchen können. Viele Reformen hat China schon einführen können, gegen das Analphabetentum im Volke scheint aber augenblicklich noch kein Kraut gewachsen zu sein. Um die jungen Analphabeten mit der elementarsten Bildung vertraut zu machen, wären, wie die chinesische Regierung ausrechnet, etwa 1,2 Millionen Lehrer notwendig. Die Besoldung dieser Lehrkräfte würde phantastisch hohe Summen erfordern, die heute und in absehbarer Zeit in dem ausgepreßten chinesischen Volke gar nicht aufzutreiben sind. Es besteht also keine Aussicht, das Analphabetentum in der nächsten Zeit in dem Reich der Mitte auszurotten.

Kredite für solche Zwecke werden die wohlhabenderen Völker auch wohl kaum zur Verfügung stellen, da es noch wichtigere Probleme, wie die zeitweilig in China auftauchende Hungersnot, zu lösen gibt.

*

Deutsche im Gefängnis

Wieviel Deutsche halten sich in den Gefängnissen auf? Diese Frage beantwortet die jüngste Statistik des Reichsfinanzministeriums. Nach ihr bestehen in Deutschland 1732 Strafanstalten, in denen 112 000 Gefangene untergebracht werden können.

Die deutschen Gefängnisse sind im allgemeinen kleinere Anstalten; von 1732 Gefängnissen können nur 62 mehr als 500 Sträflinge aufnehmen, die meisten noch nicht einmal 50. Durchschnittlich halten sich etwa 75 000 Personen in den Strafanstalten auf, darunter mehr als 10 000 Untersuchungsgefangene. Auf 100 000 Deutsche kommen also etwa 145 Sträflinge. 15 000 Beamte, darunter 3 000 nebenamtlich tätige, besorgen den Strafvollzug. — Nur ein kleiner Teil der Gefängniskosten wird durch die produktive Arbeit der Gefangenen wieder eingebracht.

Einweihung der indischen Reichshauptstadt Neu-Delhi

wtb. **Neu Delhi**, 10. Febr. Heute vormittag begann die Feier der Einweihung der Reichshauptstadt Neu Delhi, deren Bau kürzlich fertiggestellt wurde. In Anwesenheit des Vizekönigs und der Vertreter der Dominions wurde eine Gruppe von vier prächtigen Säulen enthüllt, die Kanada, Australien, Süd-Afrika und Neuseeland gestiftet haben. Die Einweihungsfestlichkeiten werden eine Woche dauern.

Gestern abend hatte der Vizekönig bereits ein Bankett zu Ehren der indischen Fürsten und der Vertreter der Dominions gegeben und einen glänzenden Empfang, an dem mehr als 700 Personen teilnahmen.

Meyerbeers Tochter gestorben

Im Alter von 92 Jahren starb gestern in Salzburg die Baronini Cecilie von Andrian, Tochter des Komponisten Meyerbeer.

Der Parlamentsboykott

Nach dem Auszug der Nationalsozialisten - Lahmlegung der Reichstagsausschüsse?

vdz. **Berlin**, 10. Febr. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat nicht nur den Sitzungssaal, sondern auch das Reichstagsgebäude heute nachmittag verlassen. Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. erfährt, wird die Fraktion auch in Zukunft das Reichstagsgebäude nicht betreten. Dem Reichstag wird ein Antrag übermittelt werden, wonach die verfallenden Diäten der nationalsozialistischen Abgeordneten den Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Parteileitung steht mit allen Abgeordneten in telegraphischer Verbindung, um sie für dringende Fälle sofort nach Berlin zu beordern. Die nationalsozialistischen Vorsitzenden von Reichstagsausschüssen werden ihre Ämter behalten. Der Zweck dieses Vorgehens ist, die Arbeit dieser Ausschüsse lahmzulegen, da nur die Vorsitzenden das Recht zur Einberufung des Ausschusses haben. Nationalsozialistische Vorsitzende haben der Überwachungsausschuß, der Auswärtige Ausschuß, der Rechtsausschuß und der Wohnungsausschuß.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat für Donnerstag nach der Philharmonie eine öffentliche Protestkundgebung einberufen. Als Redner sind vorgesehen die Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven, der Vizepräsident des Reichstags Graef-Thüringen, der Fraktionsvorsitzende Dr. Oberfohren und die Abgeordneten Laverrenz, Frau Lehmann und v. Oldenburg-Januschau. Auch die deutschnationale Reichstagsfraktion wird sich nicht auf das Fernbleiben von der außenpolitischen Aussprache beschränken. Sie wird von Fall zu Fall weitere Maßnahmen beschließen, um die Arbeit der Mehrheit unmöglich zu machen. So wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Fraktion aus einer Reihe von Ausschüssen ihre Mitglieder zurückzieht. Es würde sich hier besonders um die Ausschüsse handeln, in denen Kulturfragen behandelt werden. Auch der Strafrechtsausschuß würde zu diesen Ausschüssen zu zählen sein.

Die rechtsstehenden Journalisten verließen gleichfalls den Reichstag, so daß die rechtsstehenden Zeitungen über die Rede des Außenministers keinen Bericht bringen werden.

Der Ältestenrat des Reichstages ist für Mittwoch vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, in der voraussichtlich schon zu dem Vorgehen der Opposition und der dadurch geschaffenen parlamentarischen Lage Stellung genommen werden wird.

Voraussichtlich wird die durch den Rücktritt des Abgeordneten Stöhr freigewordene Stelle des Reichstagsvizepräsidenten durch den Abgeordneten von Tardorff besetzt werden, der auch im alten Reichstag schon Vizepräsident gewesen ist.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Dienstag abend die Wahl des Fraktionsvorstandes vor. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Perlitius, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Esser und Erkina gewählt.

Die Landvolkopposition

vdz. **Berlin**, 10. Febr. Mit dem Abg. Dr. Wendthausen haben in der heutigen Reichstagssitzung nur noch die Abgeordneten v. Sybel, Sieber und Haag von der 21 Mitglieder starken Landvolkfraktion sich dem demonstrativen Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen aus dem Sitzungssaal angeschlossen.

Die Auseinandersetzung zwischen den radikalen und den gemäßigten Elementen der Landvolkpartei wird von einer Sitzung der Parteileitung erwartet, die am Mittwoch früh im Reichstag beginnen wird. Der Parteiführer Dr. Gereke, der ziemlich ernstlich erkrankt ist, hat zwar an den letzten Reichstagssitzungen nicht teilnehmen können, da er sich Schonung auferlegen mußte. Er ist jedoch entschlossen, morgen in der Parteileitung dem radikalen Flügel unter Führung des Abgeordneten Dr. Wendthausen entschieden entgegenzutreten. Der andere Führer der Landvolkfraktion, Abgeordneter Döbrich, hat bisher weder in dem einen noch in dem anderen Sinne Stellung genommen. Sein Bestreben ist vor allem darauf gerichtet, Partei und Fraktion zusammenzuhalten. In Landvolkkreisen erwartet man, daß er damit auch in der morgigen Sitzung Erfolg haben wird.

Ohne Immunität

150 Strafverfahren gegen Abgeordnete kommen in Gang.

cnb. **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Meldg.) Die Staatsanwaltschaften der deutschen Länder haben, der „Vossischen Zeitung" zufolge, bereits heute vormittag damit begonnen, die durch den Beschluß des Reichstages über die Immunitätsaufhebung möglich gewordenen Strafverfahren durchzuführen. Die Hauptarbeitslast entfällt auf die preußischen Staatsanwaltschaften, die etwa 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete durchzuführen haben; davon kommen mehrere Dutzend Verfahren allein auf Berlin. Es wird möglicherweise notwendig sein, das politische Dezernat der Staatsanwaltschaft I Berlin vorübergehend zu verstärken.

4,8 Millionen Arbeitslose

wtb. **Berlin**, 10. Febr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Monats Januar das in dieser Jahreszeit zu erwartende Absinken des Beschäftigungsgrades erheblich langsamer vor sich gegangen als Verlauf des Winters zuvor. Während zwischen Anfang und Mitte Januar die Zahl der von den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen noch um rund 381 000 zugenommen hatte, hat sich der Stand von Mitte bis Ende Januar nur um rund 129 000 erhöht. Im Vergleich hiermit ist die Zunahme in der Belastung der beiden versicherungsmäßigen Unterstützungseinrichtungen zwischen den beiden letzten Stichtagen noch stärker gewesen. Sie betrug rund 228 000. In der Arbeitslosenversicherung allein wurden am 31. Januar rund 2 555 000, in der Krisenunterstützung rund 811 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Von der Zunahme entfallen rund 156 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 72 000 auf die Krisenfürsorge. **Die Zahl der Arbeitslosen wurde am 31. Januar bei den Arbeitsämtern mit rund 4 894 000 ermittelt. Die Zunahme gegenüber Mitte Januar beläuft sich auf rund 129 000 oder 2,7 Proz. und verteilt sich auf die Saison-Außenberufe mit rund 68 000 oder 3,3 Prozent, die übrigen Berufsgruppen mit rund 61 000 oder 2,2 Prozent.**

Die Einzelbewegungen, aus denen dieses Gesamtergebnis hervorgeht, waren im Berichtsabschnitt besonders vielfältig, so daß eine zusammenfassende Beurteilung kaum möglich ist.

Der Panama-Skandal

Das Reichsverkehrsministerium zum Flaggenwechsel der „Vogtland"

wtb. **Berlin**, 10. Febr. Zu der Angelegenheit des Flaggenwechsels auf dem Dampfer „Vogtland" teilt das Reichsverkehrsministerium mit:

Das Gesetz betreffend das Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe vom 22. Juni 1899 regelt das Recht zur Führung der deutschen Flagge auf Kauffahrteischiffen, verpflichtet aber deutsche Staatsangehörige nicht, die ihnen gehörenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben.

Es ist vom nationalen Standpunkt aus nicht nur bedauerlich, sondern auf das schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Rederei einen Flaggenwechsel vornimmt, um sich der deutschen Steuergesetzgebung und den Pflichten der deutschen Sozialgesetzgebung zu entziehen.

Ob die Rederei Vogemann das Schiff im ganzen oder zu einem Teil an einen Staatsangehörigen von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach deutschem Flaggenrecht wird das Recht zur Führung der deutschen Flagge von dem Nachweis abhängig gemacht, daß sich das Schiff ausschließlich in deutschem Eigentum befindet. Welche Voraussetzungen die Republik Panama an das Recht zur Führung ihrer Flagge knüpft, ist nicht bekannt. Völkerrechtlich ist es nicht üblich, nachzuprüfen, ob bei einem von einem fremden Staat ausgestellten Flaggenzeugnis die Voraussetzungen für die Erteilung des Flaggenzeugnisses nach dem fremden Recht vorgelegen haben. Die Flaggen werden gegenseitig anerkannt, sofern ein amtlicher Ausweis über die Führung der Flaggen beigebracht wird. Der Reichsverkehrsminister wird feststellen, ob das Schiff „Vogtland" ein gültiges Flaggenzeugnis hat und ob es im deutschen Seeschiffsregister gelöscht ist. **Mit der Unterstellung des Dampfers „Vogtland" unter die Flagge von Panama hört die Geltung des deutschen Rechtes auf dem Schiff auf. Das Schiff unterliegt in allen seinen Beziehungen dem Recht der Republik Panama.** Inwieweit Seeleute auf dem Schiff Dienst tun wollen, müssen diese selbst entscheiden. Die deutsche Sozialversicherung gilt für Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Auch bleibt den deutschen Verfrachtern und deutschen Versicherern überlassen, ob sie ausländische Schiffe beladen oder in Versicherung nehmen wollen. Die Ausfuhr deutscher Schiffe ins Ausland, der die Verbringung eines deutschen Schiffes unter ausländische Flagge gleichsteht, war in der Vorkriegszeit unbeschränkt zulässig und wurde durch die Kriegsgesetzgebung an eine Genehmigung geknüpft. Mit der Aufhebung der Ausfuhrhandelskontrolle wurde auch die Beschränkung der Ausfuhr von Seeschiffen aufgehoben. Ob dieser Einzelfall Anlaß geben wird, eine Ausfuhrkontrolle für Seeschiffe erneut einzuführen, wird nachgeprüft werden. Für den Verkehr mit dem Schiff gilt der Handelsvertrag mit Panama vom 21. November 1927, wonach für die beiderseitige Schiffahrt das Recht der Meistbegünstigung und der Inländergleichbehandlung ausgemacht ist.



Die Flagge von Panama.

Aufklärung des Berliner Chauffeurmordes

Der Täter verhaftet und geständig.

cnd. **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Meldung.) Nach mühsamer kriminalistischer Kleinarbeit ist es gelungen, den Mord an dem Droschkenbesitzer Fritz Ponick aufzuklären und den Täter zum Geständnis zu bringen. Der Mörder ist der am 21. April 1908 geborene Händler Johannes Kablitz aus Steglitz. Heute abend gestand Kablitz, den Chauffeur Ponick aus Gewinnsucht hinterrücks ermordet zu haben.

Tagelang waren die Angaben über die letzte Fahrt des Ermordeten in der Mordnacht weit auseinandergegangen. Erst nach vielen Mühen konnte einwandfrei festgestellt werden, daß die Droschke des Ponick um 11 Uhr abends am Sonntag, 25. Januar, an der Ecke der Birkbusch- und Schützenstraße in Steglitz gesehen worden war. Die Untersuchungskommission ging von der Erwägung aus, daß zwischen der Straßenecke in Steglitz und dem Fundort der Leiche in Ferch irgendwelche Beziehungen bestehen müßten. Die Beamten arbeiteten zunächst in Ferch. Es wurde all den Leuten nachgeforscht, die ein Auto besitzen oder wenigstens fahren können. Fast alle Alibis waren bereits nachgeprüft worden, als man auf Kablitz stieß. Die Prüfung des Lebenslaufes dieses Mannes ergab ein sehr ungünstiges Bild. Sein leichtsinniger Lebenswandel kostete ihn viel Geld. Ende voriger Woche verdichteten sich die Verdachtsmomente gegen Kablitz so sehr, daß er festgenommen und verhört wurde. Kablitz behauptete, daß er am Tatabend und zu der kritischen Zeit verschiedene Lokale in Charlottenburg aufgesucht habe. Das konnte ihm zweifelsfrei widerlegt werden.

Sein Geldmangel, den er verschleiern wollte, hatte ihn noch zu einem andern Vergehen getrieben. Kablitz hatte auch bestritten, im Besitz einer Schußwaffe gewesen zu sein. Als man aber die Wohnung seiner Mutter durchsuchte, wurde die Pistole gefunden und beschlagnahmt. Sachverständige untersuchten sie und kamen zu dem Ergebnis, daß die Patronen, die man im Magen des Ponick gefunden hatte, aus dieser Pistole abgefeuert waren. Am letzten Sonnabend, als er aus seiner Zelle geholt wurde, erklärte er, daß er einen Löffelstiel und die Metallteile seiner Strumpfhalter verschluckt habe. Bald stellten sich heftige Schmerzen ein. An eine weitere Vernehmung war nicht zu denken. Kablitz wurde vielmehr sofort nach dem Staatskrankenhaus gebracht und dort operiert. In den heutigen Nachmittagsstunden erklärten die Ärzte den Patienten soweit hergestellt, daß er ein Verhör überstehen würde. Kablitz gestand nunmehr die Mordtat ein.

Scheunenbrand bei Augustdorf

Maschinen und Getreidevorräte vernichtet.

Gestern abend gegen 9 Uhr brach auf dem zur Gemeinde Augustdorf gehörigen sog. Wagnerhof ein Feuer aus. Der Brand setzte sich in einer etwa 30 Meter langen, aus Fachwerk bestehenden Scheune fest und legte sie völlig nieder. Dabei verbrannten auch mehrere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte; dagegen konnte das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Die Wehren von Bethel - Eckartsheim, Detmold und Augustdorf waren bald zur Stelle, vermochten den Flammen aber keinen Einhalt zu gebieten. Das Gebäude brannte völlig aus. Die Entstehungsursache des Feuers ist bisher unbekannt.

Der Tarifstreit im Holzgewerbe

Erneutes Eingreifen des Reichsarbeitsministers.

cnb. **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Meldg.) Wie wir von zuständiger Stelle der Holzindustrie erfahren, hat das Reichsarbeitsministerium in dem Tarifstreit des Holzgewerbes, nachdem in der vor. Woche ergebnislose Verhandlungen stattgefunden hatten, die Parteien erneut zu Verhandlungen auf Donnerstag, den 12. d. Mts., in das Reichsarbeitsministerium geladen. Es wird damit gerechnet, daß nunmehr ein endgültiger Abschluß dieses sich bereits über Monate erstreckenden Tarifstreites zu erwarten ist.

Auch ein Wort zur Verwaltungsreform

Aus Horn wird uns geschrieben:

Warum Verwaltungsreform? Aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke macht man sie? Selbstverständlich nur, um in der öffentlichen Verwaltung zu sparen. Sparen aus dem Grunde, damit die Steuerschraube endlich nicht mehr angezogen werden braucht und der Steuerzahler seine Jahresschuld übersehen und entsprechend disponieren kann. Die öffentliche Verwaltung soll vereinfacht und verbilligt werden. Und zwar nicht um der Verwaltung selbst willen, sondern einzig und allein im Interesse der Gesamtheit der Staatsbürger. Diese sollen die Vorteile der Verwaltungsreform, die u. U. in der Zentralisierung und Zusammenlegung mehrerer Verwaltungsbehörden, Gerichtsbehörden oder anderen öffentlichen Organen und Instituten bestehen kann, genießen. Rationell und billig im kaufmännischen Geiste soll eben im Interesse der Bevölkerung gewirtschaftet werden!

Dieses vorauszuschicken ist notwendig, wenn man davon hört, daß die Aufhebung der kleinen Amtsgerichte in Lippe, darunter auch das von Horn, nur noch eine Frage kürzester Zeit ist, weil der Herr Reichssparkommissar die Aufhebung in seinem Berichte an das Lippische Landespräsidium vorgeschlagen und das Landespräsidium diesem Vorschlage sich angeschlossen hat.

Ist nun in Lippe aus den eingangs erwähnten Gründen eine solche einschneidende Maßnahme erforderlich und zweckmäßig? Zwar sollen nach Punkt 5 des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung die Bestrebungen auf eine Verminderung der lokalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Ländern unter Anpassung ihrer Bezirke an die modernen Verkehrsverhältnisse mit Nachdruck gemeinsam mit den Ländern betrieben werden doch wird man die Schematisierung und Verallgemeinerung solch wichtiger Maßnahmen auch nicht wollen, vielmehr in zweckmäßiger und praktischer Weise je nach den örtlichen Verhältnissen die Lösung suchen müssen. Inzwischen ist ja auch im neunten Teil der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930 u. a. bestimmt, daß ein Richter gleichzeitig bei mehreren Amtsgerichten angestellt sein kann und die Landesjustizverwaltungen sind ermächtigt, die Erledigung der Rechtshilfesachen für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte zusammenzufassen. Die Bedeutung dieser Bestimmungen ist nicht gering; es sind für die Landesjustizverwaltungen wesentliche Handhaben, um ohne den Abbau kleiner Amtsgerichte dringend gebotene Rationalisierungen durchzuführen.

Die unter dem Gesichtspunkt einer Rationalisierung in aller Stille vielleicht schon lange geplante Zusammenlegung mehrerer Amtsgerichte mag gewisse fiskalische Kostenersparnisse zu erbringen versprechen; tatsächlich dürften sich diese in ganz erheblichem Maße verringern im Hinblick auf die Mehrausgaben, die durch die notwendigen Erweiterungs- oder Neubauten für die verbleibenden vergrößerten Amtsgerichte, sowie für Umzug und Beschaffung von Wohnungen für die Beamten entstehen. Daher werden denn auch die mit den vergrößerten Amtsgerichten bedachten Städte dieser Maßnahme nur mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Wird doch in ihnen eine Verschlechterung der Wohnungsmarktlage eintreten und manche Ausgabe zugunsten der Justizverwaltung nicht zu vermeiden sein. Im Jahre 1879 bei Einrichtung des jetzigen Amtsgerichts hat die Stadt Horn die für damalige Verhältnisse enorme Summe von 30 000 ℳ als Zuschuß gegeben. Für die Bewilligung des Zuschusses waren allerdings wirtschaftliche Gründe maßgebend. Das Gerichtswesen bringt viele Leute in die Stadt, die dort nach Erledigung ihrer Rechtsangelegenheiten ihre Einkäufe für den Lebensunterhalt decken. Dieser Verkehr kann leicht zum Schaden der Gewerbetreibenden und der Kaufleute in den kleinen Städten stark abnehmen und in andere Bahnen gelenkt werden, wenn die Gerichtsbarkeit in ihnen aufhört. Die Landheute bringen kein Geld mehr in die Kleinstadt. Umsatz und Verdienst erleiden erhebliche Einschränkungen, die sich in steuerlicher Hinsicht in nachteiliger Weise in dem städtischen Haushaltsplan auswirken müssen. Außerdem wird die Gesamtwirtschaft durch Zeitverlust und Reisekosten für Parteien, Zeugen und sonstige Personen, die die Tätigkeit des Gerichts persönlich in Anspruch nehmen müssen, erheblich belastet.

Für die Beibehaltung der kleinen Amtsgerichte ist jedoch entscheidend die Tatsache, daß gerade sie bisher unbestritten als Hauptträger des Rechtsgedankens und als Haupterziehungsfaktor für weiteste Bevölkerungskreise anerkannt wurden. Der beste Richter ist doch stets derjenige, der die einem Rechtsstreit zugrunde liegenden Verhältnisse am unmittelbarsten kennt. Diese Wirkungen werden vernichtet, wenn die sich bisher auf persönliche Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gründende Rechtsprechung im großstädtischen Massenbetrieb aufgeht. Ferner wickelt sich der gesamte Grundstücksverkehr zuverlässig doch nur in der Nähe des Grundbuches ab. Auch der Sinn der gesetzlichen Bestimmungen über den Gerichtsstand der Amtsgerichte wird durch die vorgesehene Aufhebung stark beeinträchtigt werden.

Das letzte Wort über diese Angelegenheit wird im Landtag gesprochen werden. Es ist anzunehmen, daß man die Verlegung ja nicht schon deshalb beschließen wird, weil vielleicht der Reichssparkommissar die Zusammenlegung mit Detmold vorschlagen zu müssen glaubt. Es ist ja schließlich auch nur eine Ansicht oder Auffassung, die aus reinen verwaltungstechnischen Gründen, nicht aber unter Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung und nicht unter dem Gesichtspunkt der praktischen Regelung entstanden ist.

Es ist auch nicht das erstemal, daß die Verlegung in Erwägung gezogen wird. Schon im Jahre 1879 bei Einführung der Amtsgerichte war beabsichtigt, die Stadt Horn nicht für den Sitz eines solchen zu bestimmen. In den damals an den Fürsten, das Kabinettsministerium und den Landtag gemachten Eingaben sind die Gründe für die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Horn ausführlich mitgeteilt worden. Seit sehr langer Zeit ist die Stadt Horn der Sitz des Gerichts für Stadt und Amt Horn gewesen, und zwar nicht zuletzt wegen seiner günstigen Lage etwa in der Mitte des Gerichtsbezirks. Bewohnt wird dieser Gerichtsbezirk von rund 11 000 Menschen. Die übrigen Amtsgerichtsbezirke haben teils eine kleinere und andere eine nur wenig höhere Einwohnerzahl aufzuweisen. Diese und andere Gründe werden es denn auch gewesen sein, die Horn für den Sitz eines Amtsgerichts bestimmten. Aus den gleichen Gründen wird man von der in den Jahren 1919 und 1926 geplanten Verlegung des Amtsgerichts Horn wieder abgekommen sein.

Welcher Art könnten nun evtl. auch wohl die vermeintlichen Ersparnisse bei einer Verlegung sein? Wiederholt konnte man sich davon überzeugen, daß die Beamten und Angestellten des Amtsgerichts Horn in den letzten Jahren und auch noch heute vollauf beschäftigt sind. Trotz Einstellung von Hilfskräften konnten die Rückstände bis jetzt nicht aufgearbeitet werden. Die gleichen Kräfte werden also auch künftig an einem andern Ort tätig sein müssen, wenn die Arbeiten dieses Gerichtsbezirks erledigt werden sollen. Wenn man die augenblicklich vakante Stelle des Amtsrichters aus vermeintlichen Ersparnisgründen nicht wieder besetzen will, wird man sich überlegen müssen, ob sich dieses mit der Verwendung des augenblicklich noch im Staatsdienst vorhandenen juristischen Nachwuchses vereinbaren läßt. Sollte man aber wider Erwarten dieses verantworten zu können glauben, so wird man leicht von einem andern Ort aus einen Richter an bestimmten Tagen im Monat zur Wahrnehmung der amtsrichterlichen Obliegenheiten entsenden können, ohne daß man die Verwaltung des Amtsgerichts als solche antasten braucht.

Ob sich die ganze Verwaltung eines Amtsgerichts in die vorhandene eines andern Amtsgerichts ohne Schwierigkeiten und erhebliche Kosten einreihen läßt, muß immerhin bezweifelt werden. Neben dem recht umfangreichen Aktenmaterial und den Grundbüchern müßten doch auch Büroräume für das zu übernehmende Personal geschaffen werden. Das Amtsgerichtsgebäude, welches — wie schon erwähnt — im Jahre 1879 die damals 1800 Einwohner zählende Stadt Horn mit dem Kostenaufwand von 30 000 ℳ herrichten lassen hat, fällt nach der seiner Zeit getroffenen Vereinbarung wieder an die Stadt Horn zurück. Bei objektiver Betrachtung all dieser Verhältnisse wird also von einer Ersparnis für das Land kaum noch die Rede sein können. Vielleicht könnte man einwenden, daß sich das Gehalt eines Justizwachtmeisters einsparen lasse. Der jetzige Inhaber dieser Stelle in Horn steht aber noch in jungen Jahren und müßte doch wieder anderweitig im Staatsdienst Verwendung finden. Eine Ersparnis wird sich also auch hier wohl kaum erzielen lassen, zumal sein Gehalt nur niedrig ist.

Selbst wenn es aber geschehen könnte, wie gering würde diese evtl. Ersparnis wiegen gegenüber der Tatsache, daß bei einer Verlegung eine bedeutend höhere Ausgabe aus den erwähnten Gründen entsteht. Und die Staatsbürger, um derentwillen man doch nur eine Verbilligung der Verwaltung durch die Zusammenlegung erhofft, würden im Laufe des Jahres durch erhöhte Fahrtkosten, Zeitverlust und sonstige Unannehmlichkeiten ein Mehrfaches an Kosten wieder aufbringen müssen.

Allen guten Willen zum Sparen in der öffentlichen Verwaltung in Ehren, zumal in der heutigen Zeit schwerster Wirtschaftsdepression! Es soll auch nicht verkannt werden, daß in dieser Angelegenheit die besten Absichten vorherrschen und in mancherlei Hinsicht eine Verbilligung zu erzielen ist. In den Fällen aber, in denen eine Maßnahme, wie die geplante Aufhebung des Amtsgerichts Horn, keine wirkliche Ersparnis für die Bevölkerung bringen kann, sange man mit in Jahrhunderten als praktisch erwiesenen Einrichtungen keine Experimente an. Bestimmt erfordert eine neue Zeit auch neue Maßnahmen! Doch hüte man sich, im übereifrigen Eifer den Boden unter den Füßen wegzusägen. Man lasse Einrichtungen bestehen, die sich um der Bevölkerung willen so notwendig erwiesen haben, wie das Amtsgericht in Horn.

Aus dem Vereinsleben

Lippischer Jägerverein e. V. Jahresbericht 1930. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Berichtsjahres 261. Die Vereinskasse schloß mit einem Bestande von 164,19 RM ab. — Die Generalversammlung wurde auf den 22. Februar 1930 in das Hotel „Stadt Frankfurt" in Detmold einberufen, sie war recht gut besucht. Nach Vortrag des Jahresberichts wurde an Stelle des wegen Krankheit aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Hermsmeyer, Detmold, Herr H. Stemann daf. zum 2. Vorsitzenden gewählt. Als Schatzmeister wurde für Herrn Jülg Herr Ernst Bollmar, Detmold, und als Beisitzer Herr Staatsförster Lohmann Bellerbovs, ta den Vorstand aufgenommen. In die Suchenkommission zur Entlastung des Vorstandes wurden die Mitglieder Kaulitz, Lühlwes und Priester gewählt. Der Antrag des Detmolder Teckelklubs auf Uebernahme des Schießstandes wurde zunächst ein Jahr zurückgestellt. Der Jahresbeitrag wurde auch für 1930 auf 6 RM. festgesetzt. — Im Verlauf des Jahres wurden 10 Vorstandssitzungen abgehalten. — Auf Antrag aus Mitgliederkreisen erklärte sich der Vorstand bereit, im Lande Vertrauensleute für den Jägerverein zu ernennen, die in den weitabgelegenen Bezirken die Fühlung mit dem Vorstand aufrecht erhalten sollen. Um dieser Anregung zu folgen, hatte der Vorstand eine Zusammenkunft der Jäger aus dem Hohenhausen Bezirk und dem lippischen Norden im Laufe des Sommers nach Hohenhausen einberufen, die sehr gut besucht war. Herr Gemeindevorsteher Höter, Brosen, wurde in dieser Versammlung zum Vertrauensmann für den Bezirk Hohenhausen gewählt. Bedauerlicherweise sind die in Aussicht genommenen weiteren Arbeiten in anderen Bezirken nicht weiter fortgeschritten. Die Verbandshundeprüfung fand am 26. April in den Revieren Werl-Alve statt. Sie wurde in Gemeinschaft mit dem St. Hubertus Bielefeld, veranstaltet. Es wurden 17 Hundehunde geführt, von denen 7 den 1., 5 den 2. und 4 den 3. Preis erhielten. Diese Suche hat wieder gezeigt daß der Lippische Jägerverein mit an der Spitze der Deutschen Jägervereine marschiert. Die Verbandshundeprüfung wurde von dem 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Rentner G. Bömcke, Detmold, vorbildlich geleitet Leider war es Herrn Bömcke aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, sein Amt als 1. Vorsitzender weiterzuführen. Er hat seinen Vorsitz im Laufe des Sommers niedergelegt. Seine Verdienste um den Lipp. Jägerverein werden unvergessen bleiben. Das Schießen in Detmold fand am 24. August statt. Es wurden 8 1 Preise, 4 2. Preise und 1. 3. Preis vergeben. Zur Heideblüte hatten sich in Oerlinghausen wiederum in der Hauptsache die Detmolder Mitglieder des Jägervereins beim Lönsdenkmal eingefunden. Besondere Freude erregte die von Herrn Dr. Kuhlmann, Oerlinghausen, und dem am Ende des vorigen Jahres leider so früh verstorbenen Herrn Hansing, Asemissen, gestiftete Gehörnsammlung, die im Rathaussaal von dem dortigen Hegering aufgestellt war. — Die Verbandsgebrauchsprüfung wurde am 26. und 27. September in den Revieren Bellerholz-Schlanaen abgehalten. An Preisen wurden 1 1., 2 2. und 3 3. vergeben. Die Lippische Staatsmedaille erhielt der beste lippische Hund der Prüfung, „Tarantella vom Wetterberg", Besitzer und Führer: Rechtsanwalt Sonntag Detmold. Die Schlußveranstaltung des Jahres, die Schweißprüfung, fand am 8. Nov. wieder auf dem Bent bei Olddeln statt. Möge das Jahr 1931 den Lippischen Jägerverein weiterhin stärken und seinem Ziele näherbringen, das in dem restlosen Zusammenschluß der lippischen Jägerwelt im Lippischen Jägerverein liegt. Hierauf ein Weidmannsheil zum neuen Jahre!

Für die Hausfrau

Kaffee Hag für Jedermann. Es gibt in Deutschland heute Millionen von Menschen, die den coffeinfreien und völlig unschädlichen Bohnenkaffee kennen und schätzen. Und doch weiß mancher noch nicht, daß Kaffee Hag die allerfeinste Kaffee-Qualität darstellt, Herz und Nerven schont und niemals Schlafstörungen hervorruft. Selbst Kindern darf man ihn unbedenklich geben. Aber nicht nur für Kranke und Rekonvaleszenten ist Kaffee Hag das gegebene und von Ärzten empfohlene Kaffeegetränk. Auch von gesunden Menschen wird er wegen seines hervorragenden und feinen Geschmacks gern getrunken. Nachdem jetzt der Preis für Kaffee Hag weiter bedeutend ermäßigt worden ist, wird es auch denen möglich sein, ihn zu kaufen, die es sich bisher aus wirtschaftlichen Gründen versagen mußten. Das große Paket kostet heute nur noch 1,62 RM, das kleine 81 Pfg. Nun also mit Recht: Kaffee Hag für Jedermann.

Landespräsidiale „Bemerkungen"

Dem Leser der Landes-Zeitung wird in diesen Tagen viel zugemutet. In täglichen Fortsetzungen wird ihm, wenn auch nur in kurzen Auszügen, die viermonatige Arbeit des Reichssparkommissars vorgesetzt, zu allen Aufgaben- und Verwaltungsgebieten des Staats- und Gemeindelebens soll er Stellung nehmen. Hier, wo so oft der Eigenstaatlichkeit unseres Landes das Wort geredet worden ist, mag auch einmal etwas über die Verpflichtungen, die aus dieser Eigenstaatlichkeit resultieren, gesagt werden. Zu diesen Verpflichtungen gehört heute vornehmlich die, daß sich auch der einfachste Bürger über den Zusammenhang all der Fragen klar wird, die in dem Gutachten des Reichssparkommissars kritisch und gutachtlich beurteilt werden.

Das Landespräsidium hat sich zu dem Gutachten des Reichssparkommissars überraschend schnell und präzis geäußert. Das muß anerkannt werden. Andere Länder — wir nennen Württemberg, das sich erst jetzt, zwei Jahre nach der Erstattung der Vorschläge, geäußert hat — haben eine längere Zeit zur Gegenäußerung nötig gehabt. Auf die Schnelligkeit dieser landespräsidialen Aeußerung ist es auch wohl zurückzuführen, daß sich in ihr einige kleine Spitzen gegen den Gutachter befinden, die besser unterblieben wären. Aber das ist nur ein Schönheitsfehler; die sachliche Bedeutung der prompten Arbeit wird dadurch nicht herabgemindert.

Zum Steuerwesen des Landes bedauert das Landespräsidium, daß es nicht behandelt worden ist. Wir haben diesen Mangel auch festgestellt. Der autoritative Mund des Reichssparkommissars hätte zu dieser Frage, die in nicht geringem Umfange eine Schicksalsfrage des Landes ist, Beachtliches sagen können.

Zum Haushaltsrecht, dessen Fehlen nicht zuletzt zu dem ärgerlichen Verfassungsstreit vor dem Staatsgerichtshof geführt hat, kündigt das Landespräsidium schon jetzt eine Landtagsvorlage an. Sie erscheint sehr erwünscht.

Der von dem Reichssparkommissar für notwendig gehaltene stärkere Einfluß des Finanzreferenten — hier handelt es sich personell um Herrn Regierungsrat Kirchhoff — sei gewährleistet, so meint das Landespräsidium. Wir bezweifeln das. Aber es sollte gesetzgeberisch, evtl. verfassungsändernd, erwogen werden, ob nicht auch das Landespräsidium mit weitergehenden Befugnissen ausgerüstet werden könnte gegen zu weitgehende Bewilligungsfreudigkeit der Landtages.

Den Bedenken des Reichssparkommissars über die kurzfristigen Kredite wird rückhaltlos zugestimmt, entsprechende Folgerungen seien gezogen. Das Land wird diesen Entschluß begrüßen.

Der außerordentliche Etat soll, so sagt das Landespräsidium, mit größter Vorsicht behandelt werden. Das ist erfreulich. Nicht zutreffend ist die Bemerkung des Reichssparkommissars und des Landespräsidiums, daß die Abbürdung von Asphaltierungen und Kleinpflasterungen der Landesstraßen — sie habe eine Lebensdauer von 20—30 Jahren — auf den ordentlichen Etat gerechtfertigt gewesen sei. Die Kritik des Landtages in diesem Punkte bleibt als berechtigt bestehen. Aber in der Gesamtwirkung bleibt die dadurch erzielte Herabminderung der schwebenden Schulden erfreulich.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Land und Selbstverwaltung werden im Ganzen als vom Reichssparkommissar richtig beurteilt bezeichnet. Das Landespräsidium scheint es aber unangenehm empfunden zu haben, daß die lippischen Gemeinden in dem Landesfinanzausgleich ungünstiger als anderswo behandelt sein sollen. Das sei unzutreffend. Aber es wird der Grundidee der Schaffung leistungsfähiger Lastenträger — anderweite Landeseinteilung, Aufhebung der Schulgemeinden usw. — zugestimmt. Die politischen Schwierigkeiten im Landtage gegen solche Regelungen — zum Teil unterstützen auch wir sie — werden aber sehr richtig angedeutet.

Den Bemerkungen des Landespräsidiums über die vom Reichssparkommissar kritisierten Personal- und Besoldungsverhältnisse und die aus ihnen resultierenden Verteuerungen entnehmen wir, daß an eine generelle Aenderung der Verhältnisse im Sinne des Gutachtens nicht gedacht wird, daß man sie nicht für tunlich oder möglich hält. Außerdem erübrige sich eine landesgesetzliche Stellungnahme, weil der im Reichsrat bereits verabschiedete Entwurf eines Reichsgesetzes zur Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung für alle Länder und Gemeinden die zwingende Bestimmung vorsähe, daß die Bezüge ihrer Beamten, soweit sie offensichtlich günstiger geregelt seien als die der gleich zu bewertenden Reichsbeamten neu geregelt werden müßten. Daraus ergäbe sich zwangsläufig eine Beseitigung der in dem Gutachten hervorgehobenen Besserstellungen der lippischen Beamten. Aber sollte das nicht der Fall sein, so würde geprüft werden, ob nicht die empfohlene Aenderung der Besoldungsordnung geschehen müßte.

Zur Frage der Aemter-, Städte- und Kreisverfassung (also Einbeziehung der Städte in die von dem Reichssparkommissar vorgeschlagenen zwei Kreise) sagt das Präsidium, daß es sich dieser Ansicht nur anschließen könne! Detmold und Lemgo könnten ausgenommen werden. Aber das Landespräsidium wendet sich gegen die in dem Gutachten vorgeschlagene Dezentralisation, insbesondere gegen die Delegierung der reinen Ortspolizeigeschäfte auf einzelne neu zu bildende Amtsbehörden. Eine ehrenamtliche Versehung dieser Geschäfte würde kaum durchzuführen sein. Bezahlte Amtmänner würden aber an der Landratszentrale eine viel nützlichere Arbeit leisten können; sie würden dort auch ein durchgebildetes Ressortbeamtentum ermöglichen helfen. Bei den guten Verkehrsverbindungen hätte auch der Hinweis des Gutachtens auf die Bevölkerung, der

Schatten hinter Linnekogel

Roman von Werner E. Hintz

Copyright by Verlag Presse-Taasdienst, Berlin W. 35.

(36. Fortsetzung)

„Beweise! — Beweisen Sie mir das!" kreischte der andere dazwischen.

„Ich sprach noch am Abend vor seinem Selbstmord mit dem Franzosen! — Er hat mir alles gesagt! — Und da man mich im Gespräch mit ihm beobachtet hatte, fiel der Verdacht, seinen Tod verschuldet zu haben, auf mich! — Ich schwieg. Sie sollten sich noch mehr in das Netz Ihrer Taten verstricken . . ."

„Das — das ist — nicht wahr!"

Linnekogels Augen blitzten den anderen an: „Dann ist es wohl auch nicht wahr, daß Sie den Schmuck der Amerikanerin stahlen? — Ich nahm mir die Freiheit, in Ihr Zimmer einzudringen und diesen Schmuck als Beweis an mich zu nehmen!"

„Sie . . . Sie also?" Jaques Rostand prallte zurück.

„Ja — ich! — Und ich bin nicht zu Ende! — Sie wußten, daß ich Ihrer Helferin, Thea Manrot, gefährlich werden konnte. Deshalb hielten Sie es wohl für angebracht, mich mit einem tödlichen Gift aus der Welt zu schaffen!"

Aechzend lehnte sich der andere gegen seinen Sessel: „Beweise!"

„Den Beweis habe ich — in Gestalt des Glases, in das Sie mir das Gift gegossen hatten! — Und die Fingerabdrücke auf diesem Glas dürften genügen, um Ihnen den Hals zu brechen!"

Linnekogel holte einen Augenblick lang Atem. Es war, als ob er sich zu dem letzten, entscheidenden Schlag rüstete.

Der andere starrte ihn aus fiebernden Augen an. Eine namenlose Furcht schien ihn befallen zu haben.

„Beweisen Sie mir das! — Es ist . . . nicht wahr!"

Linnekogel achtete nicht auf den Einwurf. Schwer und zerschmetternd fielen seine Worte: „Und Sie waren es, der Carol Manrot damals in den Abgrund stürzte, Sie . . . Mörder!"

„Lüge!" Jaques Rostand brüllte es verzweifelt. „Sie können das nicht beweisen! — Sie haben ja selbst gesagt, daß auf den Photographien mein Gesicht nicht zu erkennen sei!"

„Verlieren Sie nicht die Ueberlegung, mein Lieber! Sie scheinen zu vergessen, daß Sie sich um Kopf und Kragen reden! — Was Sie da soeben sagten, war ein Geständnis . . ."

„Ich streite alles ab. Sie können mir nichts beweisen!"

„So, so, das kann ich also nicht!" Linnekogels Gesicht war zur Teufelsgrimasse verzerrt. „Nun, dann werde ich vor Ihnen meine Karten aufdecken, um Ihnen zu zeigen, daß Sie nichts mehr zu hoffen haben! — Damit Sie es wissen: die Photographien, mit denen ich Thea Manrot drohte, existieren nicht! — Aber ich war Zeuge der Tat."

„Zeuge? — Sie?" Ein krampfhafter Lachanfall schüttelte den andern hin und her. „Sie ein Zeuge? — Wer wird Ihnen glauben?"

„Sie meinen, weil ich einmal im Gefängnis gesessen habe? Oder sollten Sie das noch nicht wissen? Es ist ja auch gleichgültig, mein Lieber! — Ich bin nicht der einzige Zeuge der Tat gewesen."

„Wer noch?"

Linnekogel zögerte mit der Antwort. Dann fiel langsam der Name von seinen Lippen: „Carol Manrot!"

„Hahaha!" Jaques Rostand brüllte fast vor Lachen: „Der ist tot!"

„Sie irren — Carol Manrot lebt!"

„Lebt — —?" Der andere klammerte sich an die Lehne des Sessels, um nicht zu Boden zu sinken. Sein stierer Blick verankerte sich vergebens in der Miene Linnekogels. Wieder lag es über ihnen wie eine Maske, hinter der man die Gedanken nicht lesen konnte. „Carol Manrot lebt? — Das ist nicht wahr — kann nicht wahr sein! — Man lebt nicht nach einem Sturz von den Teufelszacken!"

„Vielleicht war es ein Wunder, aber — Carol Manrot lebt, um Sie zu richten, Jaques Rostand, — Sie und Frau Thea."

Ein plötzliches Pochen an der Tür unterbrach ihn. Hastig, nach einem letzten, drohenden Blick auf Rostand, wendete er sich um, ging schnell zur Tür und öffnete sie.

Vor ihm standen Farrare und Teßlar. Farrare verneigte sich leicht.

„Man sagte mir, daß ich Sie hier finden würde, Herr Linnekogel! Ich habe mit Ihnen zu sprechen!"

„Bitte!" Linnekogel trat auf den Gang hinaus und ließ die Tür einen Spalt breit hinter sich offen.

„Sie kennen mich unter dem Namen Farrare, mein Herr!" fuhr der andere fort. „Die Umstände erfordern es, daß Sie jetzt wissen, mit wem Sie es in Wahrheit zu tun haben! — Ich heiße Raffi und bin der Detektiv dieses Hotels!"

„Und?" Kein Muskel regte sich in Linnekogels Gesicht.

„Und ich bin in Gesellschaft meines Kollegen Teßlar gekommen, um Sie wegen des Diebstahls von Miß Baltons Schmuck zu verhaften! — Ergeben Sie sich ruhig! Wir haben die Beweise — und das Hotel ist von Polizisten umstellt! — Es liegt uns nur daran, unnötiges Aufsehen zu vermeiden!"

Linnekogel zuckte die Achseln: „Es tut mir leid, meine Herren, aber Sie haben sich an die falsche Adresse gewendet! Der wahre Schuldige, der auch den Tod Baillets und ein paar andere Verbrechen auf dem Gewissen hat, ist hier in diesem Zimmer."

Er riß die Tür auf, gerade noch rechtzeitig genug, daß die beiden anderen den falschen Baron sehen konnten, der in diesem Augenblick den Revolver gegen die Schläfe setzte.

„Halt!" brüllte Teßlar und stürzte in das Zimmer.

Es war schon zu spät. Rostand hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Linnekogel, der dem Detektiv in das Zimmer gefolgt war, wendete sich an ihn: „Ich habe Ihnen einige Erklärungen zu geben, mein Herr . . .!"

19.

Gundel Geestham starrte immer noch wie gebannt auf den Mann ihr gegenüber. Wie wider ihren Willen rang sich die Frage von ihren Lippen: „Wer — wer — sind Sie? — Wer?"

Der andere, Major Gravert, und doch wieder nicht der Major, erwiderte ernst ihren Blick: „Ich bin Carol Manrot, der Gatte dieser — Frau."

Damit deutete er auf Thea, die reglos auf dem Teppich vor dem Schrank lag.

Dann riß er sich innerlich zusammen: „Ich möchte Ihnen so gern alles sagen, Fräulein Geestham — wenn Sie mich anhören wollen." Eine tiefe Erregung bebte in seiner Stimme.

„Sprechen Sie, bitte!" Jetzt erst schien Leben in das Mädchen zu kommen. Mit einem gequälten Ausdruck blickte auch sie auf Thea: „Sie ist also Ihre Frau?"

Er nickte. Bemerkte die plötzliche Schwäche, die sie befallen hatte, und rückte hastig einen Stuhl zurecht: „Wenn Sie Platz nehmen wollen, Fräulein Geestham . . ."

Sie setzte sich, wie gebrochen durch all das, was in diesen Augenblicken auf sie eingestürmt war. Carol Manrot ließ sich erschöpft neben sie auf die Kante des Diwans fallen.

„Es ist die Geschichte meines Lebens, die Sie jetzt hören werden", begann er dann langsam und leise. Während er sprach, starrte er, die Hände über die Knie gefaltet, auf den Boden.

„Ich weiß nicht, ob mein Name Ihnen bekannt sein wird. Ich war Sänger, genoß ein ziemliches Ansehen in der Kunstwelt, und man prophezeite mit eine große Zukunft. In Konzerten und auf der Bühne hatte ich Erfolge — ich war beliebt, begehrt — ich darf das alles sagen, ohne mir selbst schmeicheln zu wollen. —

Dann lernte ich eines Tages diese Frau kennen. Sie wurde mein Schicksal!"

In dem Blick, der er zu der immer noch bewußtlosen Thea hinüberwarf, loderte ein stiller Haß.

„Ich lernte Thea auf einer Gesellschaft kennen. Sie war ungewöhnlich geistvoll, liebte die Musik und hatte mich schon oft auf der Bühne gesehen. Ich fühlte mich zu ihr hingezogen, mehr als zu den anderen Frauen, mit denen mich mein Leben in Berührung brachte.

(Fortsetzung folgt.)

KAFFEE HAG billiger
jetzt nur noch RM 1.62 das große Paket RM -.81 das kleine Paket
Die Qualität bleibt unverändert: die beste

Die Landesverwaltung Lippes

Aus dem Gutachten des Reichssparkommissars

Die allgemeine Landesverwaltung

1. Ämter, Städte und Kreisverfassung. 2. Regierung und Landespräsidium.

Die bedeutsamen Ausführungen geben wir gekürzt, nur in den wichtigsten Bestandteilen, wieder:

Die Frage, ob sich in der allgemeinen Landesverwaltung Vereinfachungen und Ersparnisse erzielen lassen, hängt im wesentlichen von dem Ausbau der Ämter und ihren Beziehungen zu den Einzelgemeinden (Städten und Dorfgemeinden) ab. Die Organisation der unteren Verwaltungsbehörde bedingt zugleich die der höheren, in ihr finden auch die Probleme der Dezentralisation, der Neuregelung des Instanzenzuges und die Zuständigkeitsverteilung ihren Schwerpunkt.

Die im Lande schon mehrfach erörterten Reformpläne gehen in zwei Hauptrichtungen: zunächst Aufhebung der Ämter und Einteilung des Landes in zwei Landkreise, sodann Verzicht auf eine Kreiseinteilung und Einteilung des Landes in eine größere Anzahl von Ämtern, die, neben der Städten, unmittelbar der Regierung unterstehen sollen. (Dieser letztere Vorschlag ist bekanntlich von der Landtagsmitte, insonderheit von dem Abg. Kuhlemeier, geteilt. D. Red.)

Die heutigen Ämter haben neben den „landrätlichen" Zuständigkeiten auch solche örtlichen Charakters behalten müssen, und zwar deshalb, weil die Einzelgemeinden praktisch zum größeren Teil nicht in der Lage sind, die vielen Aufgaben einer Ortsverwaltung erfolgreich zu übernehmen. Hierfür sind folgende Beispiele von Wichtigkeit:

1. Die gesamte Ortspolizei hat dem Amte übertragen werden müssen, wo sie vom Landrat verwaltet wird. Das benachbarte Preußen kennt solche Verhältnisse nur in den kleinen Kreisen der Provinz Hannover, die aber seit langem Gegenstand von Reformbestrebungen sind. Überall sonst gibt es auf dem Lande Ortspolizeibehörden, zumeist sind es besondere Behörden (Amtsvorsteher, Landbürgermeister), stellenweise verwalten die Gemeindevorsteher die Ortspolizei.

Es bleibt daher nur die Wahl zwischen dem „Amtsvorsteher-System" oder dem Landrat als Ortspolizeibehörde.

2. Die Wegeunterhaltung liegt — abgesehen von den landeseigenen Durchgangsstraßen — ebenfalls den Ämtern ob. Die Gemeinden haben nur ihre eigenen Dorfstraßen.

3. Die Fürsorge, nicht nur die gehobene, sondern auch die einfache frühere „Ortsarmenpflege", liegt bei den Ämtern. Die Gemeindevorstände haben nur eine begutachtende Stellung. Die Landräte werden daher mit Anträgen auf diesem Gebiete vom Publikum überlaufen. Die im benachbarten Preußen vorgesehene Dezentralisation auf Ortsgemeinden ist in Lippe bisher unbekannt, ebenso wie das in anderen Ländern bestehende System der Ortsfürsorgeverbände. Hier scheint in gewissem Umfange und auf einfachen Gebieten eine Dezentralisation erreichbar und erwünscht.

Das Gutachten verbreitet sich sodann über die Nachteile dieser Zuständigkeitsverteilung und hebt zunächst ihre kostenmäßige Aufwendigkeit hervor. Sie erschwerte auch die Zusammenlegung der Ämter, da in diesem Falle der Bevölkerung zu weite Wege usw. zugemutet würden. Andererseits ginge es nicht an, örtliche Aufgaben von 4 höheren Beamten mit einem Stabe von je 10–15 Bürobeamten erledigen zu lassen. Das Gutachten erwähnt die früher erörterten Reformprojekte, u. a. die Rückkehr zu den ehemaligen 11 Ämtern und deren Personalunion mit den lippischen Städten. Der Gedanke sei wirtschaftlich richtig. Aber er sei politisch kaum erträglich, weil die gesamte öffentliche Verwaltung unterhalb der Zentrale kommunalisiert würde und das Landespräsidium dabei die gesamte Exekutive verlöre. Die Bevölkerung verlöre auch eine Rechtsinstanz. Schließlich würde sie auch an dem Widerstand des flachen Landes scheitern. So gelangt das Gutachten zu dem Schluß, daß man weder die Amtsbehörde (bezirksörtlichen Charakters und bezirksörtlichen Aufgaben), die aber noch zu schaffen sei, noch den Landrat entbehren könne, und allgemein und rationell-verbilligend folgernd zu dem an anderer Stelle schon erwähnten Vorschlag, unter Einbeziehung der Städte zwei Kreise zu bilden. Von ihren Aufgaben usw. sagt er:

Die Kreise bilden eine selbständige kommunale Körperschaft mit dem Recht der Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Außerdem können ihnen staatliche Angelegenheiten zur auftragsweisen Erledigung übertragen werden. Zu gesetzlichen, als Selbstverwaltungsangelegenheiten zu verwaltenden Aufgaben werden vor allem die Wegeunterhaltung der nicht im Staats- oder im Gemeindebesitz befindlichen Straßen sowie die den Bezirksfürsorgeverbänden obliegenden Aufgaben erklärt. Andere Aufgaben können die Kreise freiwillig übernehmen, sie besitzen unter bestimmten, gesetzlich noch näher zu regelnden Bedingungen die Kompetenz-Kompetenz. Der Landrat ist Kreispolizeibehörde, er besitzt in dieser Eigenschaft — unter Mitwirkung des Kreisausschusses — das Polizeiverordnungsrecht für den Kreis, sowie — ohne diese Mitwirkung — das Recht zum Erlaß polizeilicher Verfügungen und Strafverfügungen. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf sämtliche polizeilichen Gebiete, auch auf diejenigen, für die besondere Fachbehörden bestehen (Medizinal-, Veterinär- sowie Baupolizei), diese sind vom Landrat gegebenenfalls zu hören. Dem Landrate stehen für seine polizeilichen Aufgaben die staatlichen Gendarmeriebeamten zur Verfügung. Er führt ferner die Staatsaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden und über die zu bestellenden Amtmänner (s. u.), für bestimmte Entschließungen wird die Mitwirkung des Kreisausschusses vorzusehen sein (Genehmigungen von Ortssatzungen, Anleihen, bestimmten Beschlüssen u. a. m.), wobei im wesentlichen der gegenwärtigen Regelung des Aufsichtsrechts gefolgt werden kann. Die Stellung der Städte zum Kreise ist unten besonders erörtert.

Wird die Zuständigkeit des Kreises in diesem, hier zunächst nur in den Umrissen zu skizzierendem Umfange, festgelegt, so muß Vorsorge getroffen werden, daß keine übermäßige Zentralisation örtlicher Aufgaben in der Kreisinstanz entsteht.

Deshalb darf der Landrat zunächst nicht Ortspolizeibehörde sein. Die Ortspolizei muß vielmehr in den Städten den Bürgermeistern verbleiben, auf dem Lande werden zu ihrer Ausübung besondere Amtmänner bestellt [1]). Zu diesem Zwecke müssen die Ämter neuorganisiert werden. Sie würden einen anderen Charakter haben als die bestehenden und brauchen sich auch räumlich nicht mit ihnen zu decken.

Für sie bleibt als gesetzliche Aufgabe nur die Ortspolizeiverwaltung übrig. Zu ihrer Wahrnehmung genügt an sich ein Einzelbeamter, das Amt wird nicht als Kommunalverband zweiter Ordnung ausgebaut. Der Einzelbeamte muß auch nicht unbedingt im Hauptamt bestellt werden, seine Geschäfte werden nicht so umfangreich sein, daß sie nicht auch eine nebenamtliche Verwaltung vertrügen. Es liegt deshalb am nächsten, den Vorsteher einer größeren Gemeinde gleichzeitig nebenamtlich zum Amtmann zu machen und das Amt so mit der Verwaltung dieser Gemeinde dauernd zu verbinden. ... Die Ortspolizeigeschäfte würden sich auf die polizeimäßige Überwachung des platten Landes, wozu neben der staatlichen Gendarmerie die kommunale Polizei zur Verfügung stände, auf den Erlaß der erforderlichen polizeilichen Verfügungen und — mit gewissen Höchstgrenzen — Strafverfügungen sowie auf das Polizeiverordnungsrecht für den Amtsbezirk erstrecken. Grundsätzlich auch hier für alle polizeilichen Gebiete: Die Zuständigkeit zwischen Amtmann und Landrat wäre so abzugrenzen, daß dem ersteren alle Geschäfte vorbehalten bleiben, deren Bedeutung den örtlichen Rahmen nicht überschreitet, dem letzteren aber ein allgemeines Aufsichts- und Anweisungsrecht zusteht.

Für die Zahl der zu bildenden Amtsbezirke macht das Gutachten keine Vorschläge. Die Bildung der Bezirke wird zunächst davon abhängen, wo sich geeignete Stellen zur nebenamtlichen Wahrnehmung der Amtmannsgeschäfte finden und eine zweckmäßige Abgrenzung des Verwaltungsbezirkes möglich ist. Die Vergütungen für die nebenamtliche Wahrnehmung der Geschäfte können nach der Größe des Bezirks und seiner Einwohnerzahl gestaffelt werden. Es ist weder notwendig, daß die Bezirke gleich groß sind, noch daß sie in jedem Kreise in gleicher Zahl gebildet werden. Eine elastische Anpassung an die verschiedenen örtlichen Verhältnisse ist möglich.

Von der Seite des Landrats könnte dabei praktisch an die Heranziehung des Amtmanns zur Ausstellung von einfachen, aber meist eilig benötigten Legitimationspapieren (Reisepässen, Personalausweisen u. a.) gedacht werden, auch vielleicht an die Ausstellung von Fischereikarten, Tagesjagdscheinen und von Jahresjagdscheinen an solche Personen, die bereits einen solchen besessen haben und bei denen demnach eine Zuverlässigkeitsprüfung zumeist nicht mehr in Frage kommt. Auch polizeiliche Führungszeugnisse könnten hiermit einbegriffen werden. Bei allen diesen Papieren handelt es sich um formelle Verwaltungsakte, die nach ganz bestimmtem Schema vollzogen werden (Einsicht in Strafregister usw.). Sie werden auf den Landratsämtern in der Regel auch nur von Bürobeamten bearbeitet, können also ohne Schaden auch dem Amtmann überlassen werden, der in der Regel noch größere Orts- und Personalkenntnisse haben wird. Auch gewisse gewerbliche Genehmigungen, wie Verkaufsgenehmigungen an Sonn- und Festtagen, gehören hierher. Der Landrat kann auf Grund seines Anweisungsrechtes etwa einreißende Mißstände jederzeit abstellen. Der Umstand, daß auf allen diesen Gebieten heute in den meisten Ländern viel zu weit zentralisiert wird, steht dem Vorschlage nicht entgegen, denn die Vorschriften stammen zumeist noch aus Zeiten mit weit einfacheren Verhältnissen, in denen noch höher vorgebildete und höher besoldete Kräfte vielfach mit Aufgaben beschäftigt worden sind, für die einfachere Kräfte genügt hätten. Die praktische Bedeutung der Dezentralisation derartiger Angelegenheiten für die Verwaltung ist aber sehr groß, in Lippe würde erst sie die Entlastung der Landräte schaffen, die eine unerläßliche Voraussetzung für die Vergrößerung ihrer Bezirke ist.

Für den Kreis als Verband kommt vor allem eine Dezentralisation von Aufgaben des Bezirksfürsorgeverbandes in Betracht.

Der Amtmann und der Amtsausschuß würden also Träger der örtlichen polizeilichen Verwaltung sein, deren Aufgaben würden für die Kreisinstanz fortfallen. Weiterhin würden sie den Landrat bei einer Reihe von einfachen, aber für die Bevölkerung oft wichtigen und vor allem eiligen Verwaltungsakten entlasten. Eine weitere Entlastung des Kreises als Bezirksfürsorgeverband tritt in geschäftlicher Beziehung ein, wenn ein Teil der Fürsorge auf die Ortsgemeinden und z. T. auf die Amtsbehörde übergeht. Damit ist für den größten Teil der Angelegenheiten, die einen täglichen Publikumsverkehr bei den Behörden bedingen, ein örtliches Organ eingeschaltet, das für die Bevölkerung jederzeit bequem zu erreichen ist und, da es ohnehin auf anderen Gebieten als amtliche Stelle besteht, verhältnismäßig wenig Kosten verursacht. Es handelt sich nun noch darum, eine Häufung von Instanzen und damit eine Verlangsamung des Verwaltungsrechtszuges zu vermeiden.

Nach allgemeinen Grundsätzen ergibt sich für Lippe, von besonders zu regelnden Sonderfällen abgesehen, die Möglichkeit folgenden einheitlichen Verwaltungsrechtszuges, der im einzelnen sich danach richtet, welche Behörde in erster Instanz zuständig ist:

	I	II	III
Erste Instanz:	Gemeindevorstand — Amtmann (Amtsausschuß)	Landrat (Kreisausschuß)	Landesregierung
Zweite Instanz: (Beschwerdeinstanz)	Landrat	Regierung	Einspruch bei der Regierung
Dritte Instanz: (Anfechtungsklageinstanz)	Oberverwaltungsgericht	Oberverwaltungsgericht	Oberverwaltungsgericht

Die hier bereits skizzierte Organisation der Regierung und des Einspruchsverfahrens bei ihr ist unten noch näher zu erörtern. Im übrigen ist zu beachten, daß die Amtsinstanz sich nicht zwischen Gemeinde und Kreis einschieben darf, sondern eine örtliche Instanz an Stelle der Gemeindebehörde ist. Die Rechtskontrolle wird allgemein dem Oberverwaltungsgericht übertragen werden müssen, weil dieses allein die oben dargelegten Voraussetzungen erfüllt. Die Kreisausschüsse können auf dem Gebiete der Parteistreitigkeiten im Verwaltungsstreitverfahren als erste Instanz eingeschaltet bleiben. Für die Rechtskontrolle sind sie weniger geeignet. Die Einschaltung des Oberverwaltungsgerichts ist nach den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen geschäftlich unbedenklich, da von der inhaltlich beschränkten Anfechtungsklage, die vor dem Gericht zugleich auch im Falle der Ablehnung mit Kosten verbunden ist, kein übermäßiger Gebrauch gemacht wird. Die vorgeschlagene Regelung des Instanzenzuges bewirkt zugleich, daß Beschwerden gegen Entscheidungen der Ortsbehörden einschließlich der Amtmänner die Regierung und das Landespräsidium instanzmäßig nicht mehr erreichen, sie ermöglicht damit eine vereinfachte Verwaltungsorganisation auch in der oberen Instanz.

Das Gutachten verbreitet sich sodann ausführlicher über die Frage der Einbeziehung der Städte in die für notwendig gehaltene Kreisbildung. Es bejaht die Notwendigkeit der Einkreisung aus verwaltungspolitischen und finanzpolitischen Gründen, wobei die Polizeiverwaltung ja bei den bisherigen Städten verbleiben könnte, auch die Kommunalaufsicht wenigstens über Detmold und Lemgo könnte bei der Regierung verbleiben, bei den übrigen Städten müßte sie den Landräten übertragen werden. Es erübrigt sich aber, die Einzelheiten hier genauer zu behandeln, da das Gutachten in diesem Punkt gewiß keinen Anklang finden wird.

Über Regierung und Landespräsidium sagt das Gutachten im wesentlichen folgendes:

... Es ergibt sich für die Regierung, insbesondere für ihre Innenabteilung, Bauabteilung und Wirtschafts- und Domänenabteilung eine ziemlich weitgehende Belastung mit Geschäften örtlichen und z. T. auch weniger wichtigen Charakters. Diese Belastung wirkt auch auf das Landespräsidium in seiner Eigenschaft als oberste Landesverwaltungsbehörde zurück, da es regelmäßig Beschwerdeinstanz über die erst- und zweitinstanzlichen Entscheidungen der Regierungsabteilung ist. Hier wird eine Reform zunächst einsetzen müssen. Sie wird ermöglicht durch die oben vorgeschlagene Organisation der Kreis- und Ortsbehörden und die ebenfalls vorgeschlagene grundsätzliche Regelung des Instanzenzuges, die Beschwerden über Verfügungen von Ortsbehörden (Gemeindebehörden und Amtmännern) nur noch in Ausnahmefällen in die Regierung gelangen lassen und das Landespräsidium von den instanzmäßigen Beschwerdeentscheidungen überhaupt entlasten wird.

Die Einteilung der Regierung in Abteilungen ist in Artikel 39 der Verfassung festgelegt, Geschäftskreis und Befugnisse der Abteilungen sind vom Landespräsidium festzusetzen. Trotzdem ist das Landespräsidium keine die Abteilungen unmittelbar leitende und zusammenfassende Stelle, es steht vielmehr als weitere Instanz über der Regierung. Beschwerden gehen von der Regierung an das Landespräsidium, das seinerseits Berichte und Gutachten von ihr einfordert. Eine eigentliche Leitung der Regierung als Gesamtbehörde fehlt.

Diese Organisation der oberen Verwaltungsbehörden stellt einen nicht zum Abschluß gelangten Übergangszustand dar. Vor der Staatsumwälzung stand die oberste Regierungsgewalt dem Landesherrn zu, der für ihre Ausübung einen Staatsminister bestellte. Dieser Staatsminister war zumeist gleichzeitig Regierungspräsident. Die Abteilungen der Regierung waren also unter einer einheitlichen Leitung zusammengefaßt, die leitende Stelle fiel mit der für die Landesregierung verantwortlichen Stelle zusammen. An Stelle des Landesherrn ist, hinsichtlich der obersten Regierungsgewalt, das Landespräsidium getreten. Der Stellung des Staatsministers kann man jetzt die des geschäftsführenden Mitgliedes des Landespräsidiums gegenüberstellen. Die Verbindung zwischen dieser Stellung und der Leitung der Regierung ist noch nicht wiederhergestellt.

Praktisch allerdings ist eine ziemlich enge Zusammenarbeit herbeigeführt, insofern als das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums die Beamten der Regierung unmittelbar für seine Zwecke heranziehen kann, da sie zugleich die Stellung von Hilfsarbeitern des Landespräsidiums haben. Rechtlich aber bildet das Landespräsidium eine Instanz über der Regierung. Das Landespräsidium kann die Abteilungen zwar mit Weisungen versehen, innerhalb der durch die Gesetze und die Präsidialverfügungen gezogenen Grenzen ist jede Abteilung aber selbständig. Aus dieser Einrichtung ergibt sich eine gewisse Verwischung der behördlichen Stellung und der Zuständigkeiten, die eine zwar nicht leicht schätzbare, aber erhebliche Belastung mit sich bringt. So gelangen vom Landespräsidium an die Regierungsabteilungen eine recht große Anzahl von schriftlichen Anfragen und Aufforderungen zum Bericht, die auf dem formellen Wege beantwortet werden, obwohl die Dezernenten dieser Abteilungen gleichzeitig Hilfsarbeiter beim Landespräsidium sind, die Sachen also auch dort unmittelbar bearbeiten könnten.

Der tatsächliche Zustand entspricht also dem gesetzlich vorgesehenen bereits heute nur noch teilweise. Es sind 2 verschiedene, eine über- und eine untergeordnete Behörde in einem Gebäude untergebracht und teilweise mit denselben Beamten besetzt, so daß praktisch bereits eine weitgehende Personalunion in der Bearbeitung der beiden Behörden zugehörigen Sachen bewirkt wird. Es wird sich darum handeln, diesen tatsächlichen Zustand auch rechtlich festzulegen und dabei die Vorteile der früheren Organisation zurückzugewinnen, unter der die die Staatsgeschäfte leitende Stelle gleichzeitig auch die oberste Leitung der höheren Verwaltungsbehörde besaß.

Wenn dies erreicht werden und sich glücklich auswirken soll, so sind die Gefahren zu beachten, die aus einer übermäßigen Zentralisation aller Geschäfte an der leitenden Stelle leicht erwachsen können.

Zu diesem Zwecke muß unterschieden werden zwischen Aufgaben, die dem Landespräsidium als oberster, die Staatshoheitsrechte ausübender und dafür dem Landtage verantwortlicher Stelle obliegen und denen, bei denen es als oberste Verwaltungsbehörde in den Instanzenzug der allgemeinen Landesverwaltung eingeschaltet ist. Der erstgenannte Aufgabenkreis verträgt kaum eine Delegation auf nachgeordnete Stellen, bei dem zweiten aber ist sie in weitem Umfange möglich und geboten.

Zu den ersteren Aufgaben gehören vor allem Staatshoheitsakte, wie die Ausübung des Gnadenrechts, die Genehmigung zu Namensänderungen, die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine, die Verleihung des Enteignungsrechts, Beamtenernennungen u. a. m., ferner die Vorbereitung und parlamentarische Vertretung der Gesetzesvorlagen und die Führung der obersten Aufsicht über alle Verwaltungsbehörden des Landes. Dieser Aufgabenkreis muß dem Landespräsidium verbleiben, es kann sich der Beamten der Regierung dabei zur Hilfeleistung bedienen. Wie oben bereits erwähnt, wird bei der Dienstaufsichtsführung über die Landesbehörden der Grundsatz zu beachten bleiben, daß man alle Fälle, für die ein ordentlicher Rechtsmittelzug vorgesehen ist, möglichst nicht im Dienstaufsichtswege behandeln sollte, um die Zuständigkeitsverteilung und die Stellung der einzelnen Behördengruppen zueinander nicht zu verwischen.

Soweit das Landespräsidium aber als Verwaltungsbehörde tätig wird, ist eine andersgeartete Organisation geboten. Sie wird in der Weise gefunden werden können, daß das Landespräsidium als Instanz im wesentlichen ausscheidet und die Regierung zur im Verwaltungswege abschließend entscheidenden Stelle gemacht, dafür aber in sich straffer zusammengeschlossen und der unmittelbaren Leitung des geschäftsführenden Mitgliedes des Landespräsidiums unterstellt wird, so daß in dessen Person die frühere Zusammenfassung der regierenden und der obersten verwaltenden Stelle mit den durch sie bedingten Vorteilen wieder auflebt.

Das Verhältnis der Regierung zum Landespräsidium wird zweckmäßig so zu regeln sein, daß das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums neben seinen eigentlichen Geschäften die Dienstaufsicht über die drei Regierungsabteilungen führt. Damit ist die Einheitlichkeit der Verwaltung hergestellt, ohne daß das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums im Übermaß mit einzelnen Entscheidungen überlastet zu werden braucht.

Wird so das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums praktisch zum Chef der Regierung gemacht und somit weitgehend in die laufende Verwaltung eingeschaltet, so entfallen auch alle Bedenken dagegen, daß das Landespräsidium im Rechtsmittelzuge nicht mehr als besondere Instanz über der Regierung bestehen bleibt.

Wenn die vorgeschlagene Organisation der Regierung und des Landespräsidiums ihren Zweck: eine straffe Zusammenfassung der gesamten Staatsverwaltung unter weitgehender Vereinfachung des Behördenaufbaus und des Verfahrens, praktisch erreichen soll, so ist die Gleichmäßigkeit und Stetigkeit der obersten Leitung eine unerläßliche Voraussetzung. Sie wird nach diesen Vorschlägen ganz in die Hände des geschäftsführenden Mitgliedes des Landespräsidiums gelegt. Die verstärkte Einschaltung des geschäftsführenden Mitglieds des Landespräsidiums in die Geschäfte auch der Regierung, wie sie hier vorgeschlagen wurde, setzt voraus, daß dem Präsidium und seinem geschäftsführenden Mitgliede bei der Leitung der Verwaltung eine möglichst weitgehende Bewegungsfreiheit gelassen wird und daß das Landespräsidium in seinem Bestande für die Dauer der Wahlperiode nach Möglichkeit gesichert ist.

---

man weite Wege ersparen müsse, keine Berechtigung. Man sieht also, daß in der Zentralregierung sehr starke Zentralisationstendenzen ausgeprägt sind. Nun hat aber das Problem der Kreisverfassung nicht nur bürokratische und technische, sondern sehr starke politische Seiten. Das Gutachten des Reichssparkommissars hat, wie schon mitgeteilt, die früher von Teilen des Landtages gewünschte Aemterverfassung in Anlehnung an die Personalunion mit den kleinen Städten als wirtschaftlich richtig bezeichnet. Ob das flache Land gegen diese Personalunion in der Tat schwere politische Bedenken haben würde, kann dahingestellt bleiben. Wir glauben es nicht. Wer in der krassen Form des Landespräsidiums die Bildung von zwei Kreisen unter gleichzeitiger Ablehnung der Dezentralisation der Selbstverwaltungsaufgaben empfiehlt, kann ja schließlich auch dahin kommen, nur einen Kreis zu befürworten und dem Landtag auch noch die Aufgaben der Selbstverwaltung dieses einen Kreises zu übertragen. Wir lehnen diesen Gedanken selbstverständlich ab. Soll aber das Problem überhaupt weiter diskutiert werden, dann wird man wohl auf den besseren Gedanken der Wiedererrichtung der alten lippischen Aemter und auf deren Personalunion mit den lippischen Städten zurückkommen müssen. Sozial-, Schul- und Wegelasten bedürfen ohnehin einer Sonderregelung.

Zu den Vorschlägen des Reichssparkommissars über die zweckmäßigere Gestaltung der Regierung (Bildung von nur 4 Regierungsabteilungen) und über Aenderungen der verfassungsmäßigen Stellung des Landespräsidiums wird in den Bemerkungen eine reservierte Stellung eingenommen. „Bevor eine solche Aenderung wesentlicher Art vorgenommen wird, wäre die Vorfrage zu klären, ob der weitere Bestand des Landes als eines selbständigen deutschen Gebietsteiles gesichert ist." Es werde sich empfehlen, dieser Vorfrage bei der Beratung des Haushaltsplanes besondere Beachtung zuzuwenden. Ließe sich aber die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes bejahen, dann würde das Landespräsidium die Zusammenlegung von Regierung und Präsidium als das erstrebenswerte Ziel eine Vereinfachung und Verbilligung empfehlen. Fände sich aber hierfür im Landtage keine qualifizierte Mehrheit, dann müßte auf gesetzlichem oder Verordnungswege für eine bessere Zusammenfassung der Arbeitsbereiche in der obersten Landesbehörde und in den Regierungsstellen gesorgt werden. Daß das jeweilige geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums auch noch der Präsident der Regierung sein müßte, so, wie es von dem Reichsparkommissar angeregt wird, hält auch das Landespräsidium für das Gegebene. Die Auffassungen über diese Gesamtfrage gehen im Landtag und in der Bevölkerung ganz außerordentlich auseinander.

Zum Ordnungs- und Sicherheitsdienst wird den Vorschlägen teils zugestimmt, teils werden sie abgelehnt. Die Zuziehung der Gemeinden zu den Kosten der Kriminalpolizei sei ohne Gesetz nicht möglich; praktisch käme sie aber auch nur auf eine Verschiebung der Last hinaus. Den Vorschlag, der Stadt Detmold den bisher gezahlten Polizeikostenzuschuß-Anteil abzunehmen, greift das Landespräsidium mit sichtlicher Freude auf. Hier sprechen die „Bemerkungen" von „einer solchen mit Objektivität ausgestatteten Stelle, wie sie der Reichssparkommissar ist". Die Kriminalpolizei zu kommunalisieren, lehnt das Landespräsidium unter Bezugnahme auf die andauernden unruhigen Zeiten ab. Die Zentralisation in der staatlichen Hand sei zweckmäßiger. Auf dem Gebiet der Gendarmerie will das Landespräsidium, wie im Gutachten vorgeschlagen, sparen.

Zu den Vorschlägen des Reichssparkommissars für die Justizverwaltung stimmt das Landespräsidium der Aufhebung der Amtsgerichte Horn, Oerlinghausen und Hohenhausen zu. Im wesentlichen aus den sachlichen Gründen heraus, die gegen die Amtmänner geltend gemacht worden sind. Die jährlichen personellen Ersparnisse werden auf 42 000 RM beziffert.

Die Bemerkungen des Landespräsidiums zu den Vorschlägen des Gutachtens über das Fürsorge- und Gesundheitswesen stellen eine weitgehende Uebereinstimmung in den Grundfragen — Bildung großer, leistungsfähiger Fürsorgeverbände — fest. Aber „Leistungsfähigkeit" wird bei allen diesen Erörterungen immer wieder wesentlicher Kostenverteuerung gleichzusetzen sein. Je größer die Verbände, desto schematischer die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen, desto unmöglicher die Individualisierung der Ansprüche. Hier wird der Landtag hoffentlich ernste Bedenken äußern.

Zum Schulwesen will das Landespräsidium überall da zustimmen, wo Lippe damit nicht unter das preußische Niveau absinkt. Das ist eine bedeutsame programmatische Erklärung, die auch im Landtage kaum einen nennenswerten Widerstand auslösen dürfte. In der Frage des höheren Schulwesens verneint das Präsidium aber die Kommunalisierung der höheren Lehranstalten; sie verblieben zweckmäßiger beim Staat oder würden von ihm übernommen. Die Erhaltung des Humanistischen Gymnasiums wird in den Bemerkungen „an sich gewünscht". Aber es wird doch hinzugefügt, daß man die tatsächliche Entwicklung abwarten müsse. Gleichzeitig wird an der Detmolder Doppelanstalt (Leopoldinum) ab Ostern 1931 der gemeinsame Unterbau (Kostenersparnis 12 000 M.) empfohlen. Die Berufsschule über den gegenwärtigen materiellen Stand hinaus zu entwickeln, glaubt das Landespräsidium nicht verantworten zu können.

Die Bemerkungen über die Förderung der Erwerbstätigkeit, das Veterinär- und Vermessungswesen, über das Eich- und Bauwesen, sowie über die Feuerlöschkasse können wir übergehen. Desgleichen die zur Domänen- und Forstverwaltung gemachten Ausführungen. Besonders bei den letzteren ist deutlich erkennbar, daß sie im wesentlichen von den beteiligten Ressortbeamten verfaßt worden sind. Es liegt auf der Hand, daß jede Abteilung nach richtigen Grundsätzen gehandelt zu haben glaubt und die Vorschläge des Reichssparkommissars infolgedessen mehr oder weniger kritisch oder als nicht durchführbar bezeichnet. Hier haben nun aber Landespräsidium und Landtag die große Aufgabe, beide Auffassungen auf einen Nenner zu bringen. In dieser Aufgabe bedürfen sie allseitiger Unterstützung. Unsere freien Juristen und Kommunalbeamten, unsere Berufskammern, Wirtschaftler, Lehrer, Philologen, alle, die sich dem Staatsganzen verbunden fühlen, sollten ratend mitwirken. Nur so kann sich das mühevolle und verdienstliche Werk des Reichssparkommissars, dem immer wieder nur aufrichtig gedankt werden kann, zum Nutzen unseres Staates auswirken.

Ab heute:

Neue Kaffee-Preise!

¼ Pfd 55, ¼ Pfd 70, ¼ Pfd 80, ¼ Pfd 90 ₰

Machen Sie bitte einen Versuch. Sie werden von der Ausgiebigkeit u. dem feinen Aroma überrascht sein!

Heute frisch gebrannt!

Rudolf Starke
Kaffee-Rösterei
Ecke Meier- u. Friedrichstraße

Ich habe mich in Detmold als staatl. gepr.

Massörin

niedergelassen

Frau Dr. Theopold
Bandelstraße 9

Preiswert zu verkaufen:

1 Stück Dielenhobel
600 mm Hobelbreite, gebraucht
1 „ einfache Fräse
Tischgröße 900/900 mm, gebraucht
1 „ Abrichtemaschine
500 mm Hobelbreite, gebraucht
1 „ eiserne Drehbank
1 m Spitzenweite, gebraucht
ferner
6 „ Bildhauer-Hobelbänke, gut erhalten
1 „ kombinierter Dielenhobel
600 mm breit, neu
1 „ eiserne Kreissäge
400—500 mm Blatt-Durchm., neu
2 „ kompl. Hobelmesser-Schleifmaschinen für Messer, 700 mm, neu (1518

Raabe & Kuhlmann
Lage i. L. — Telefon 670

Abonnentensammler

für Zeitschriften gesucht. Schriftliche Meldg. unter Nr. 1446 an die Geschst. der Landeszig.

Statt besonderer Anzeige

Heute mittag 12 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Vater, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Witte

im 46. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Fritz Witte sen.

Oerlinghausen, 10. Februar 1931

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 13. Februar, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Detmolder Str. 52 ausstatt. Trauerfeier ¼ Stunde vorher

---

Todesanzeige

Der Herr über Leben und Tod rief am 8. Februar nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter,

Wwe. Johanne Diekmann

im 78. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit.

Die trauernden Hinterbliebenen

Helpup, den 10. Februar 1931

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Februar, 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Todesanzeige

Heute morgen 3 Uhr verschied nach schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter,

Wwe. Juliane Gerke

geb. Krumme

im vollendeten 79. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen:

Fritz Gerke u. Frau
Gustav Gerke u. Frau
Wilhelm Gerke u. Frau
nebst Enkelkindern

Hagen bei Lage, 10. Februar 1931

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 13. Februar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Hagen Nr. 72, nach dem Friedhof in Schötmar statt.

Danksagung

Für die liebevollen Beweise der Anteilnahme und für die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen unsern innigsten Dank aus.

Frau Wwe. Lina Sötemann
geb. Schlingmeier
und Angehörige

Hillentrup, 11. Februar 1931

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir beim Heimgange meines lieben Mannes in so reichem Maße zuteil wurden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Niedermeier sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Frau Karoline Schöttler
geb. Friesenhausen

Heesten, den 10. Februar 1931

Oberförsterei Kiddesen

Am Montag, dem 16. Febr. d. J., vorm. 10 Uhr, werden im Dörenkruge aus der Försterei Augustdorf versteigert: Braunenthal, Distr. 29, 30, 31, 32, 33. **Buch.:** Nr. 3001—3242 = 500 rm Kl. u. Kn. (teils tr.) **Eich.:** Nr. 1071—75 = 3 rm Kl. unsort. Hülsarund. Distr. 24 27. Dachsröhrendorf, Distr. 25. 26. **Buch.** von Nr. 3245 ab = ca. 120 rm Kl u. Kn. (teils tr.). Heldstwise 30a: **Buch.:** Nr. 544—66 = 20 rm Kn. Ferner ca. 1000 Flicht.-Stgn. 2.—8 Kl. Braunental u. Kl. Eiche.

Oberförsterei Kiddesen

Nutz- u. Brennholzverkauf a. d. Försterei Berten am **Dienstag, dem 17. d. M.:** 1. 10 Uhr. im Kruge zu **Berten: Alles:** Nr. 621—30, 635—44, 645—62, 650—76, 680—90, 741—92 2102—92. **Flicht.** 20 fm, 2 rm **Kief.** 3,5 fm **Mes.-Kief.** 5 fm Kiefern. **Eich.** Nr. 1455—78 11 fm, Mühlenhagen. **Flicht.** Nr. 56—486 = 64 fm, **Kief.** Nr. 1941—48 = 3,5 fm, 3 Klft. **Mes.-Kief.:** Nr. 1051—60 = 3 fm. Bühndseichen: Nr 3002—26, 3042—66 **Eich.-Schnbh.** 56 fm. Niedernholsa, östlich d. Straße: **Flicht.** Nr. 416 bis 46, 2001—13 = 21 fm, 3 rm Klft. **Kief.** Nr. 462—631, 1921—61 = 43 fm, 11 rm Klft. **Mes.-Kief.** Nr. 525—27, 1864—68 = 16 fm. Niedernholsa, westl. d. Straße: **Eich.** Nr. 554, 573—92, 594—612, 851—960, 1010—14, 1125—27 = 79 fm, 10 rm Pfähle. **Buch.** Nr. 1052—1117, 2041—90 = 32 fm, 70 rm Klft. u. Knpl., 10 Hfn. **Flicht., Kief.** 1214 bis 18, 1876, 1914—12 = 5 fm. Wellenbusch. Nr. 1891—1910 **Eich.** 7 fm, 9 rm Kl. **Kief., Lärch.** 3 fm, 1 rm Knpl. Dornenkamp, Drösebraken. Nr. 2312—38, 2451, 1336—46, 1301—06, 1774—1827. **Eich.** 28 fm, 21 rm Pfähle u. Kn., 37 Kl. Schlaash. Diebebruch Nr. 2101—30 **Eich.** = 4 fm, 14 rm Pfähle. **Flicht., Lärch.** = 8 fm, 1,5 rm Nutzig. Heldkamp. 2131—61 **Kief.** = 8,5 fm, 10 rm Klft., 3 **Eich.-Hfn.** Ellerbruch. Ellerbrede. **Eich.** Nr. 1914—29 1398, 1651—1602 = 16 fm, 5 rm Pfähle. **Buch.:** Nr. 1651—58 = 1,2 fm 8,5 rm Klft., 2 Hfn. Steinhofs. **Eich.** Nr. 4—160 = 38 fm, 5 rm Pfähle. 2. 16 Uhr. im Krautkruge bei Salzuflen a. d. Forst **Schwenkhof. Eich.** Nr 101—06, 231—68 = 9 fm, 4 rm Pfähle. **Buch.** Nr. 441—501 = 3,5 fm Nutzh. 20 rm Klft. u. Knpl. 14 Hfn. **Flicht.** Nr. 185—98, 505—11 = 3 fm, 50 Stan. 2—3.

Oberförsterei Falkenhagen

Nutz- und Brennholzverkauf. — **Mittwoch, den 18. Febr., 10 Uhr.** im **Chausseehaus zu Nischenau. Kl. Gebege: Eich.:** 2282—91, 94—99, 2301—05, 05—16, 19—20 = 34 Stck. mit 55,77 fm. **Buch.:** 2420 = 1 Stck. Nutzh mit 0,38 fm, 2495—42, 46—60 = 40 rm Klob. u. Knpl., 2491—91 = 11 Astrfa.-Hfn. **Untermeisenfeld: Buch.:** 3660 = 1 Stck. Nutzh. mit 0,49 fm, 3668—69 = 2,5 rm Nutzscheite, 3254, 3344—62, 3371—75 = 141 rm Klob u. Knpl., 131 rm Astrfa. **Eich.:** 3291—95 = 5 Stck. mit 3,14 fm, 3299 = 2 rm Klob. unsort. **Buchenbusch: Buch.:** 2593—96 = 4 Stck. mit 3,02 fm, 3621—3692 86—96 = 120 rm Klob. u. Knpl., 2701—98 = 38 Astrfa.-Hfn. **Eich.:** 2001—09 = 7 Stck. mit 3 fm, 4,5 rm Pfahlholz unsort. **Erlen:** 2011—16 = 6 Stck. mit 3,93 fm. **Kortenbere** (oberhalb Fröste): **Eich.:** 911, 14—19 = 6 Stck. mit 4,77 fm, 0,5 rm Klob. **Buch.:** 970—73, 1010—1020, 3256—57 = 35,6 rm Klob. **Hurohl:** 1—20 = 20 **Buch.-Dchf.-Hfn. Dal.** (am Biesterfelder Wege): 2901—10 = 5 Stck. Kahanien mit 8,48 fm, 1 **Eich.** mit 0,75 fm, 4 Stck. Ahorn mit 3,02 fm. **Flicht.:** 2826—2844. 46, 2811—12 = 20 Stck. Nutzh. mit 12,25 fm. 8 Stan. **Eich.:** 3830, 47—68 = 15 Stck. mit 4,88 fm. 3 rm Pfähle. **Buch.:** 2882—90 = 10 rm Klob., 3294—97, 2931—35, 97—99 = 12 Haufen. **Faadweg: Eich.:** 3005—06 = 2 Stck. Nutzh. mit 0,67 fm, **Buch.:** 3014—24 = 15 rm Rollen, 3026—40 = 37 rm Klob. u. Knpl., 3051—63 = 58 rm Astrfa. **Meierberger Weg: Buch.:** 3095—3105 = 10 rm Rollen, 3141—53 = 84 rm Klob., 3156—70 = 15 Astrfa.-Hfn. **Eich.:** 3171—99, 3230 = 30 Stck. mit 17,49 fm (Stellmacherholz), 3200—37 = 38 Stck. mit 17,14 fm Pfahlholz unsort., 3240—44 = 3,5 rm Klob. unsort. **Nienberg** (hinter der Herbstmühle): **Eich.:** 761 bis 82, 901—03 = 26 Stck. Nutzh. mit 16,97 fm, 735—97, 904 = 8,75 rm Klob. unsort. Pfahlholsa. **Buch.:** 701—811, 839, 911, 911—66 = 104 rm Klob. **Falkenbruch:** 2456, 58, 59 = 6,5 rm Lärch.-Klob.-Pfahlholsa. 1300—1319 = 20 Flicht. mit 8,84 fm, 2902—20 = 90 Stgn. 1. Kl., 16 2. u. 3. Kl. **Ulsenbruch:** 2921—47 = 44 Stck. Nutzh. mit 37,41 fm, 11 Stgn. 1. Kl. **Scharpenberg:** 978—99, 440—99, 535—66, 606—10, 612—13 = 151 Stck. mit 43,87 fm. **Nienberg** (unterer Grundkamp): 955—65 = 4 Stck. Flicht.-Nutzh. mit 1 fm, 28 Stan. 2. u. 3. Kl. **Dal.** (bei Buschmeier): 966—74 = 8 Stck. Nutzh. mit 3,42 fm. (1505

Zentralheizungs-koks
sofort lieferbar!
S. Langenheim Ww.

Um zu räumen:

Tapeten-Reste

jetzt sehr billig!

Farben- und Tapeten-Spezialgeschäft
F. Niederfriedrich
Lange Straße 62 Telefon 307,7

Auf Grund meiner enorm billigen Preise
hat sich mein Kundenkreis von Tag zu Tag vergrößert. Wie lange wollen Sie noch zögern, mit meinem Wagen zu fahren und die Ihnen gebotenen Vorteile ausnutzen?

Autoruf 3375 - B. Greive
Lange Straße 51 (1247

ALFRED SCHIROKAUER



Acht im Urwald

Die Geschichte von 8 Auswanderern, die der Zufall zusammenwürfelte, ihr Leben im brasilianischen Busch, ihr Kampf mit der Natur, mit Schlangen und Raubzeug und den Dämonen in der eigenen Brust. Als neustes gelbes Ullsteinbuch für 1 Mark erhältlich
in der
Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung

Laden zu vermieten

in gr. Kirchdorf (1700 Einw.). Pavillon, 2 gr. Räume, 2 gr. Schaufenster sofort od. z. 1. April. Günstige Lage, an Kreuzung v. 3 Hauptverkehrsstraßen. Für jeden Beruf u. Geschäft geeignet. Schriftl. Angebote unter Nr. 1517 an die Geschst. der Lippischen Landeszeitung.

Bekanntmachung

Vermietung.

Ein Laden in dem der Stadt gehörigen Pavillon, Paulinenstraße 26a (Nähe des Hermann-Denkmals), ist sofort oder später zu vermieten. Schriftliche Angebote sind an den Stadtrat (Grundstücksverwaltung) zu richten. Auf Wunsch steht der Laden zur Besichtigung zur Verfügung. Ueber die näheren Mietbedingungen wird von unserer Grundstücksverwaltung, Rathaus, Zimmer Nr. 5, Auskunft erteilt.

Detmold, den 9. Februar 1931.

Der Stadtrat.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der in Detmold belegene, im Grundbuche von Detmold, Band 53, Blatt 2611, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Kaufmanns Heinrich Gees junior zu Detmold** eingetragene Grundbesitz, nämlich Parz. 699/91, Kbl. 27, „Weinberg", Garten, 14 a, 68 qm groß, mit 5,18 M. Grundsteuerreinertrag, am **23. Februar 1931, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 3 — versteigert werden. (1513

Detmold, den 18. Dezember 1930.

Das Amtsgericht I.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Freitag, dem 6. März 1931, nachm. 4¼ Uhr,** vor dem Amtsgericht III in Bad Salzuflen, Zimmer Nr. 4, der zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Tischlers August Meierkord in Unterwüsten Nr. 98** eingetragene Grundbesitz, nämlich Wohnhaus, Acker und Hofraum im Bierenberg versteigert werden. Der Grundbesitz steht eingetragen im Grundbuche von Unterwüsten, Bd 5, Bl. 140, mit 121 a, 70 qm Größe, in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel 145 mit 37,46 Mk. Reinertrag, in der Gebäudesteuerrolle unter Nr. 101 mit 135 M. Mietwert (1490

Bad Salzuflen, den 30. Dezember 1930.

Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Schötmar belegene, im Grundbuche von Schötmar, Band 32 Blatt 72, Artikel 641 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Direktors Adolf Gronemeier in Paderborn** (Schötmar) eingetragene Grundstück (Kartenblatt 3, Parzellen 677/149 und 678/149, Garten und Acker an der Uferstraße, 27,85 a groß, mit 25,80 Mk. Reinertrag) am **Dienstag, 3. März 1931, vormittags 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle, Zimm. Nr. 4 — versteigert werden.

Bad Salzuflen, den 29. Dezember 1930.

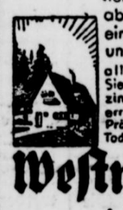
Amtsgericht.

Betten-Eichmann
in Herford ◆ in Lemgo
Lübberstraße Mittelstraße 69

Bis **20 Monate Ziel!**

Schlafzimmer
mit allem Zubehör und noch viel mehr!
Besichtigung zwanglos!

Zinsloses Eigenheim, Hypothekenablösung, Erb-Auseinandersetzung, und Entschuldung alles das können Sie durch unsere zinslosen Darlehen erreichen. — Prämienfreie Todesfallversicherung



Westmark
A.-G. Bausparkasse
Köln, Zeppelinstr. 2

Erbitte kostenlos Prospekt Nr. 488

Name, _____

Anschrift, _____

(Als Drucksache mit 5 Pfg. frankiert)

In 6 Monaten fast 1½ Millionen RM. zugeteilt. — Zuteilung alle 3 Monate

Auskunft auch durch die Bezirksdirektion Minden, Göbenstr. 16, Telefon 1014

Humor u. Stimmung
durch die neuen Ostermann-Schlager auf

Schallplatten

Einmal am Rhein / Da wo die sieben Berge / Denk nicht am Morgen / De Mösch / Eins ins andere / Ostermänner / Ich trink auf dein Wohl, mein Schatz / Kling-kling! Walzerlied / Hast du geküßt ein Kind vom Rhein / Drum rat ich dir, zieh an den Rhein / Es wollt ein Mädchen früh aufstehn / Im grünen Wald, wo Fink und Drossel singt / Das Mädchen am Bodensee (Walzerlied) / Oh, du mein Edelweiß / War immer so

Gustav Ackermeier Lemgoer Straße 8
— Größtes Plattenlager —

Gutsverkauf in Lippe

32 Morgen guter Boden u. Wiesen, tadellose massive, neue Gebäude, in herrlicher Lage, einschließlich Inventar und Vieh
für Mk. 26 000.—
sofort zu verkaufen. Schriftliche Angebote unter Nr 895 an die Geschst. der Landeszeitung.

Inserieren bringt Gewinn!

Oeffentlicher Dank!

Kostenlos teile ich gern brieflich jedem der an **Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenschmerzen** leidet mit, wie ich von meinen qualvollen Schmerzen durch ein garantiert unschädliches Mittel (keine Kur!) befreit wurde. Nur wer wie ich die schrecklichen Schmerzen selbst gefühlt hat, wird begreifen, wenn ich dies öffentlich bekanntgabe.
Krankenschwest. Therese, Bad Reichenhall 393 (386) Bayern)

Eine Umwälzung im Waschverfahren



hat die Erfindung des organischen Einweichmittels Burnus (Deutsches Reichspatent) hervorgerufen. Durch seinen Gehalt an Enzymen der Pankreasdrüse hat nämlich Burnus die wunderbare Eigenschaft, fast allen Schmutz von der Wäsche schon beim Einweichen selbsttätig abzulösen, so daß er zum größten Teil bereits direkt in das Einweichwasser übergeht bzw. nur noch lose auf der Faser liegt. Hiermit ist das mühelose Einweichen zur Hauptsache geworden, während das Waschen selbst nur noch eine Art kurzer Nachbehandlung darstellt. Die große Ueberlegenheit des Burnus – Erleichterung der Arbeit, erhebliche Ersparnisse an Waschmaterial und höchste Schonung der Wäsche – ist von zahlreichen Spezialgelehrten und Fachleuten und von unendlich vielen Hausfrauen in zum Teil begeisterten Zuschriften anerkannt und bestätigt worden. Verwenden deshalb auch Sie in Ihrem Haushalt das einzigartige

Burnus

Burnus ist in einschlägigen Geschäften in Dosen zu den ermäßigten Preisen von 22 u. 54 Pf. zu haben. Weitere Auskunft über Burnus und seine Wirkung durch August Jacobi Akt.-Ges., Darmstadt.

Kann man mit 5 Pfg. Porto Hunderte ersparen?

Verlangen Sie leihweise unseren Katalog f. gute Möbel!

Gebrüder Schürmann A.-G.
BIELEFELD, Essen — Köln — Dortmund
Größter Spezial-Möbelkonzern Deutschlands

S. Langenheim Wwe.

Langenbrahm-Anthrazit
Zentralheizungskoks
Anruf 2007 **Fett- u. Magerkohlen**

Zurück!

Dr. med. Pettker
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Herford, Schillerstr. 6



Schellfisch, 30—35 Pf. **Kabeljau** 35 Pf., **Lachs** 80 Pf., **Scholle** 60 Pf., **Heilbutt** 75 Pf., **Rotbarschfilet** 50 Pf., **Lengfischfilet** 40 bis 45 Pf., **Salzheringe,** Stck. 7 Pf.
Donnerstag frisch am Markt.
Niebur

Harnsäure-Überschuss

die Ursache von Arterienverkalkung, Rheuma, Gicht und Ischias verschwindet durch regelmäßigen Genuß v.
Bremer Schlüssel-Tee (Jl. parag.)
Tausende trinken ihn, empfehlen ihn weiter: ein Zeugnis für Wohlgeschmack u. Wirkung. Machen Sie einen Versuch!
¼ Pfd.-Paket RM. 0,95
½ Pfd.-Paket RM. 1,80
Bestimmt zu haben:
Freiligrath-Drogerie
Ernst Petri, Bruchstr. 10

Auch zum Nachfüllen

u. Umstopfen älterer Betten kaufen Sie Federn, Daunen und Bettstoffe wirklich vorteilhaft direkt von dem altbekannten
Betten-Spezialhaus
Pecker & Co.
nur in **HERFORD N.,** am Hauptbahnhof. Um das Gewünschte sofort zu erhalten, genügt Bestellung auf Postkarte. Proben u. Preislisten kostenfrei. Lagerbesuch erbeten. Vieltausendfältige Anerkennung und Nachbestellung! Keine Filialen und Vertreter!
Verkauf an Private.
Fernsprecher 4127

Stempel liefert Hans Götz Detmold

jetzt Hornsche Str. 22.
Vervielfältigungen Abschriften (60

Selbst angefertigte

Anzüge

à 35.— Mk.
Hosen 5.— M.
Reparaturen prompt und preiswert.
Hermann Winter
Karlstraße 9

Kaufe getrag. Garderobe

aller Art sowie Schuhe, Wäsche u. Partiewaren. Schriftl. Angeb. unt. E. E. 1048 a. d. Geschst. der Landeszeitung.

Hühneraugen
einzuwachsende Nägel und Ballen
entfernt gründlich und schmerzlos ohne Messer
Aug. Röwe
Detmold, Bruchstr. 17

Suche

Vertretung von Stuhlfabrik

evtl. auch Küchen und Schlafzimmer, für Hamburg, Schleswig-Holstein.
Ausstellerumslager vorhanden. Nur erstklassige, leistungsfähige Firmen mittl. Genres. Angebote unter **B. 4495** an **Heinrich Eisler, Hamburg 1.**

Vertreter

bei Groß- und Kleinhändlern gut eingeführt, von leistungsfähiger Markenzuckerwarenfabrik gesucht.
Offerten unt. 169 a. d. Ann.-Verm. J. D. Küster Nachfolger, Bielefeld. (1492

Bausachleute, Beamte, Notariatsvorsteher und andere Herren

mit guten Beziehungen am Platze als **Mitarbeiter** gesucht. Nebenberufliche, leichte Tätigkeit mit hohen Einnahmen.
Kölnische Bau- u. Zwecksparkasse G. m. b. H.
Köln, Hansaring 137
Zinslose Darlehen z. Hypothekenablösung, Eigenheim-, Hausbau, Erbauseinandersetzg., Barvermögensbildung.

Filialleiter(innen)

gesucht (auch nebenberufl.). Einerlei, welchen Berufs. Nur Schreibarbeit im Hause. Kein Kapital, keinerlei Vorkenntn. erforderl. Monatl. Mk. 170.—. Angeb. unt. F.M. 786 an Ann.-Exp. Heinr. Eisler, Frankfurt-Main

---

Bezirks-Vertreter

für gangbaren Artikel gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 1405 an die Geschst. der Landesztg.

Zum Besuch v. Möbelfabriken u. Tischlereien
Vertreter
gut. hohe Provis. gesucht. Gefl. Ang. unt. „Vertreter 52" vollständig Großschönau Sa.

Suche zum 1. April einen kräftigen
Schmiede-Lehrling
Wohn. und Kost beim Meister. (1472
Heinr. Plöger, Schmiedemeister, **Hastenbeck** i. L.

Sauberes, ehrliches
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Hausg. u. Küche und etwas Gartenarbeit z. 1. März gesucht. (1424
Gaststätte „Zur alten Ratswaage" Lemgo, Markt.

Hausmädchen

nicht unt. 20 J., durchaus zuverlässig, gesund u. sauber, erfahren in Hausarbeit Waschen u. Bügeln, f. Etagenhaushalt z. 1. März ges. Etwas Kochkenntn. erw.
Frau Paul Tillu
Bielefeld
Obertorwall 33c/II

Gesucht tüchtiges
Zimmermädchen
f. d. Saison, nicht unt. 20 Jahren. (1488
Pension Kehina
Bad Meinberg

Hausmädchen

nicht unter 20 Jahren, evtl., sauber u. ehrlich, für sofort od. 15. Febr. bei gutem Lohn und guter Behandl. gesucht.
Frau M. Pöhlau, Bielefeld, Bielsteinstr. 44

Mädchen

am liebst. v. Lande, f. alle Hausarbeit. Zu sof. ges. anständige Person gesucht. Vorstellung: 15 bis 10 Uhr. (1408
Heinrich Eikötter
Bielefeld, Restaurant Friedrichstraße 65

Bäcker-Lehrling

stellt ein (1496
Aug. Frönina
Bäckerei u. Konditorei
Herford, Hollandstr. 26

Junges, anschnliches Mädchen, 21 Jhr., sucht
Stellung
b. alleinstehend. Herrn.
Erna Krüger, Löhne i. W., Lübbecker Str. 11 (am Bahnhof)

Am Sonntagabend, dem 8. 2., wurde im Eichenkrug in Pivitsheide (1487
schwarzer Mantel
mit Samtkragen **vertauscht.** Die erkannte Person wird ersucht, den Mantel im Eichenkruge bis 16. 2. abzug., andernfalls Anzeige erstattet wird.

Täglich bis 15 Mark

zu verdien. Näher. im Prosp. mit Garantieschein **Rob. H. Schultz,** Adreß-Verlag 245 **Köln 1**

Bettnässen

behandle nach langjähr. Erfahrungen. Alter u. Geschlecht angeben.
C. Bornträger
Bielefeld

7|34 NSU
Limousine
6 Zyl., 6fach bereift, Maschine u. Karosserie in gut. Zustande, für 2800 Mk. bei einer Anzahlung. Rest bis 12 Monate, zu verkaufen Off. unt. R. 5705 an d. Westfälischen Neuesten Nachrichten, Bielefeld.

Citroën

6/25 PS, 6-Sitzer, 6fach bereift, in tadellos. Zustande, preiswert abzugeben. Zahlungserleichterung bis zu 12 Mon.
Deutsche Fiat-Vert. AG. Bielefeld, Königstr. 72

Habe einige tragende
Rinder u. Kühe
zu verkaufen, u. a. auch einen Hörnling. (1509
Meese, Horn. Tel. 160

4-Zimmerwohnung

zu vermieten in der Nähe von Lage mit Z. Scheffels. Gartenland zu erfragen bei **Lina Dörmeier,** Pivitsheide Nr. 75 (Kussel).

Wohnung

Freundliche 4-Zimm.-Wohnung in Helpup, Bahnstr. Lage—Bielefeld, Nähe Bahnhof, z. 1. April zu vermieten.
Frau Held, Helpup i. L.

In Lage zu vermieten freundliche
5-Zimmerwohnung
mit Zubeh., ferner hell. **Fabrikraum,** 8×9½ m, **hell. Keller,** 8×16½ m, zum 1. April oder spät. Schr. Anfr. u. Nr. 1411 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Von jg. Ehepaar m. 1 Kind wird z. 1. April oder später (1497
kleines Haus
m. Garten u. Stall zu miet. gesucht, evtl. eine schöne 3-Zimm.-Wohn., wenn möglich mit Gart. u. Stall. Angebote mit Angabe d. Lage, Größe u. Preis f. zu richt. an
F. Künkeler, Bochum-Hordel, Evastraße 9

Abgeschl. Etage

Küche, 3 Zimmer, in Hiddesen, zum 1. 4. 31 zu vermieten. 50 Mk. monatl. Schriftl. Ang. unter Nr. 1511 an die Geschst. der Landesztg.

Suche eine dreiräumige
Wohnung
2 R. u. Küche, in oder Nähe Detmolds (2 Pf.) Schr. Off. u. Nr. 1490 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Dauermieter sucht z. 1. März einfach möbliert.
Zimmer
(Licht u. Heiz.) bei ruh. Familie. Nähe Kaiser-Wilhelm-Platz bevorz. Angeb. m. Preis unt. Nr. 1507 an d. Geschst. der Landeszeitung.

Heizbar. Zimmer tageweise gesucht. Nähe Kaiser-Wilhelm-Platz. Schr. Ang. u. Nr. 1489 an d. Geschst. d. Ldsztg.

Epileptisch. Krämpfe.

Leidenden gebe ich aus Interesse gerne bekannt wie meine Tochter seit Jahren von ihrem Leid befreit wurde. Rückp. beifügen, da ich kein Geschäft betreibe
J. Pohl, Habelschwerdt 172, Flurstraße

Hotel „Waldheim"
Hiddesen
Heute ab nachmittags 4 Uhr
Kaffee-Konzert
— Eintritt frei —
Außerdem ab 6 Uhr
kalte und warme Schlachteplatte

Sonnabend, 14. Febr.
Großer Preis-Lumpenball
im
Kliskruge (Dörenschlucht)
Preisverteilung (1510
Eintritt 1.— M.

Krummes Haus
Heute nachmittag
Kaffee-Konzert

Epilepsie

Nervenleiden, Fallsucht (leztliche Leiden).
Magen-, Darm- u. Nierenleiden
Hautausschläge, offene Beine, Krampfadern, Flechten, Wasserfucht, Hals- u. Lungenleiden (Rheuma, Haarausfall) Gallensteine, Schwäche, Kopfschmerzen, Schwindel, Kropf, Hysterie, Neuralgie, Skrofulose, Lähmung, Pickel usw. werden nach eigenem Verfahren gestützt auf langjährige Erfahrungen, mit nachweislich guten Erfolgen behandelt.
Krankheitsfeststellungen durch Augendiagnose und Urinuntersuchung bezw. Urinschau.

H. Schröder, Homöopathie
Bundesleiter des Kräuterheilbundes
Zu sprech in **Detmold: jeden Donnerstag, von 2—5 Uhr.** Woldemarstraße 10.

Dankschreiben.

Seit 3 Jahren litt ich an Gallensteinen und Magenbeschwerden. Operieren ließ ich mich nicht, sondern ging zu Herrn Schröder. Meine Beschwerden sind vollständig verschwunden und hat sich mein Aussehen gut gebessert.
Maad. Hellendahl.

Bitte aufbewahren

Landestheater

Mittw., 11. F., 19.45 U.
Goethes Faust
in ursprüngl. Gestalt
Der Urfaust
Freit., 13. F., 19.45 U.
Schwank-Erstaufführ.
Hasenklein macht in Politik
Mont., 16. F., 19.45 U.
Opern-Gastspiel
Der Barbier von Sevilla

Schluß der Anzeigen-Annahme **2 Uhr nachm.**
Größere Anzeigen erbitten wir tags zuvor

Bad Salzuflen-Schötmar

Eichen-, Birken-Nutz- u. Brennholz-Verkauf

In der Stadtforst Bad Salzuflen, **Forstort Fierenberg,** sollen am **Donnerstag, dem 12. Februar, von morgens 10 Uhr ab**
2 fm Eichen-Nutzh., 3 fm Birken-Nutzh., 50 rm Eichen-Kampfpfähle (je 2 m lg.), **u. 50 Haufen starkes Eichen-Reiserholz** an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden. (1486
Versammlung der Käufer bei Gastwirt Moritz am Fierenberg.

Bad Salzuflen, den 6. Februar 1931.

Der Stadtrat.

Wäschegeschäft
(Damen und Herren)
in guter Geschäftslage Salzuflens oder leerer Laden, ev. Hausgrundstück gesucht. Angebote unter 1471 an d. Lipp. Rundsch., Bad Salzuffl.

Vaterl. Frauenverein Bad Salzuflen
Donnerstag, 12. Febr. nachmittags 3 Uhr
Nähen
im Rathaussaal.

MANNES-KRAFT



Zeitverhältnisse, Kräfteüberspannung und individuelle Konstitutionsmängel sind Ursachen für verminderte Leistungsfähigkeit
Bei vorzeitigen Schwäche-Zuständen,
bei Erscheinungen sexueller Neurasthenie, bewährt sich seit Jahren täglich von neuem das weltberühmte Hormonpräparat
OKASA nach Geheimrat Dr. med. Lahusen
Viele tausend Danksagungen berichten über hervorragende Erfolge durch Okasa bei Mann und Frau hinsichtlich **Stärkung der Sexualnerven, Wiedergewinnung der geistigen, seelischen und körperlichen Potenz**
Der Gehalt an wirksamen Sexualhormonen ist garantiert und deren Herstellungsmethode durch Deutsches Reichspatent Nr. 471793 vor Nachahmungen geschützt. — Wir versenden jetzt wieder
50 000 Probe-Packungen umsonst
Wer Okasa noch nicht kennt, erhält (diskr. verschlossen) 1 Probepackung sowie eine das Problem behandelnde, vom Arzt verfaßte Broschüre nebst 1000 notariell beglaubigten Anerkennungen geg. 40 Pf. Doppelbriefporto. Schreiben Sie an Generaldepot und Alleinversand für Deutschland:
RADLAUER'S KRONEN-APOTHEKE, BERLIN W 35, Friedrichstr. 160. Okasa-Silber für den Mann Rm 9.50, Okasa-Gold für die Frau Rm 10.50. In den Apotheken erhältlich.

Lipper Land

Bemerkungen

Wahrscheinlich wird der Herr Reichsfinanzminister den Herren vom Städtetag auch eine dahingehende Eröffnung machen. Bis dahin kann man also warten. Sonntag hat der Reichskanzler vor den westfälisch-lippischen Handwerksmeistern die zur Reform der Arbeitslosenversicherung unerläßlichen Gesetzesänderungen angekündigt. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die von dem Reichskanzler dem deutschnationalen Abg. Dr. Kleiner' im Zorn entgegengeschleuderte Bemerkung, daß, entgegen seinem Standpunkt, die Saisonarbeiter s. Zt. auf deutschnationales Verlangen in das Gesetz einbezogen worden seien. Gelegentliche Aeußerungen des Reichsarbeitsministers sind gleichfalls in der Richtung einschneidender Aenderungen zu werten. Will man die Arbeitslosen-Versicherung überhaupt retten, dann wird es eben ohne eine lebensgefährliche Operation nicht gehen. Wie der für Tod oder Leben des Patienten verantwortliche Chirurg im Augenblick der Entscheidung nur die eigenste persönlichste Entscheidung treffen und niemals um das Heer der Angehörigen sich kümmern kann, so wird auch die für das Leben der Nation verantwortliche Reichsregierung wissen, was sie in den kommenden Entscheidungen zu tun hat.

*

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit, auf die enormen Geldopfer zur Unterstützung der Arbeitslosen, der Krisenunterstützten und Wohlfahrtserwerbslosen werden jeden Tag gutgemeinte Besserungsvorschläge gemacht. Statistiker, Volkswirte, Sozialpolitiker, Kommunalrechtler sprechen im Namen der Wissenschaft. Gewerkschaftler, Syndici pua Partei, aber auch ihrerseits bemüht, der Objektivität nahe zu kommen.

Am bequemsten ist jene Allerweltsweisheit, die Dinge laufen zu lassen, sie würden sich schon von selber einrenken. Da sie das nicht tun, und nur eine Neuregelung des Problems in Frage kommt, muß zu den sich aufdrängenden Sorgen schon sachlich Stellung genommen werden.

Der Deutsche und Preußische Städtetag haben, wie in diesen Tagen berichtet worden ist, dem Herrn Finanzminister konkrete Vorschläge zu der Beseitigung des Nebeneinander von Krisenunterstützung und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt, gemacht. Sie haben vom Reich gefordert, daß Reich und Länder sich an den Kosten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge beteiligen. Die Leistungen aus der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge werden dabei zusammengetan. Es wird in den Vorschlägen angenommen, daß die Zahl der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten demnächst die Zahl von 2 Millionen erreichen wird. Bei durchschnittlich 70 M. Monatsunterstützung würde das einen Jahresbetrag von 1,4 Milliarden (!) ausmachen. Hiervon sollen das Reich 50% (700 Millionen), die Länder 25% (350 Millionen) und die Gemeinden auch 25% (350 Millionen) übernehmen. Das Reich könnte für die 700 Millionen die 420 Mill. RM verwenden, die für die Krisenfürsorge bereits eingesetzt sind. Der Restbetrag stände dem Reich wesentlich aus den zurückgezahlten Darlehen der Reichsanstalt zur Verfügung. Die Aufbringung der Länderbeiträge könnte aus Ausgabenersparnissen und stillen Etatreserven gewonnen werden (?!). Auf das Land Lippe umgelegt, würde sich bei dieser Rechnung ein Betrag von ca. 850 000 RM ergeben. Wie ein solcher Betrag eingespart oder aus Etatreserven gewonnen werden soll, bleibt ein Geheimnis des Städtetages. Ob die lippischen Gemeinden und Gemeindeverbände den gleichen Betrag aufbringen könnten, ist zu bezweifeln. Nicht weniger, daß Lippe einen Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenaufwand von ca. 3,5 Millionen M. jährlich haben könnte. Aber das statistische Büro des Landespräsidiums würde darüber vielleicht Auskunft geben können.

Sollten die Schätzungen des Städtetages stimmen, dann würde man sich — zunächst rein deckungsmäßig — völlig umzustellen haben. Die Arbeitslosenversicherung trug von vornherein den Namen „Versicherung" zu Unrecht. Sie war von vornherein — und das ist die tiefste Ursache ihres Zubruchgehens — eine reine Fürsorgeeinrichtung. Ist sie das aber und soll sie es bleiben, dann muß sie zur Angelegenheit des ganzen Volkes gemacht werden. Dann muß jeder zu ihrer Finanzierung beitragen. Nicht nur der Einzelbetrieb, nicht nur der tätige Einzelarbeiter, sondern alle Volksgenossen. Die Insgesamtfürsorge zu zentralisieren, ist eine durchaus richtige Forderung des Städtetages. Allerdings würden dann die Ansprüche noch gewaltig wachsen. Der Aufwand würde eine Summe erreichen, die steuermäßig einfach nicht mehr zu finanzieren wäre. Der Fürsorgestaat würde zusammenbrechen.

*

Wer vor kurzem an der öffentlichen Aussprache in Lage über das Thema „Kirche und Schule" teilnahm, wird sich erinnern der verbindlichen Worte des Versammlungsleiters. In diesen wie in allen Auseinandersetzungen über geistige Fragen gelte als oberstes Gesetz unbedingte und ehrliche Toleranz, Kampf mit blanken, sauberen Waffen und Achtung der ehrlichen Ueberzeugung Andersdenkender. Wir sind keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß Dinge von so weitreichender Bedeutung nicht durch noch so vornehmen Austrag in öffentlichen Diskussionen erledigt werden können, erhofften jedoch von einer ruhigen, rein sachlichen Aussprache als unmittelbare Wirkung eine Entspannung nach der persönlichen Seite hin, erhöhte Achtung vor der ehrlichen Ueberzeugung anderer und eine bessere Würdigung ihrer Gründe. Ob durch die stattgefundene öffentliche Aussprache am vergangenen Mittwoch diese von der Oeffentlichkeit erwartete wohltätige Wirkung eingetreten ist, müssen wir aus besonderem Anlaß sehr bezweifeln.

Uns liegt ein Werbeschreiben vor, das unterzeichnet ist von führenden Persönlichkeiten der „Lippischen Volkskirche", u. a. von Herrn Dr. Walter-Lemgo. Das offenbar allen Lehrern der lippischen Schulen übersandte Schreiben trägt die merkwürdig anmutende Ueberschrift: „An alle Freunde der Gemeinschaftsschule unter den lippischen Lehrern!"

Die Diskussion in Lage, so heißt es dann, habe die kulturpolitische Situation deutlich gemacht. Die vorbereitete Abmachung — irreführend „Schulkonkordat" genannt — zwischen Pfarrern und Religionslehrern bedeute „den ersten Schritt zu einer Konfessionalisierung der lippischen Volksschule." Die Kreise der „Lippischen Volkskirche" müßten gegen diesen Versuch schärfste Verwahrung einlegen. Der Lehrer müsse aus seiner Standesisolierung herausstreiten und in Gemeinschaft mit der gesinnungsverbundenen Elternschaft sich einsetzen für „eine freie allgemeine Staatsschule und für die völlige Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden."

Alsdann — und das ist einigermaßen verwunderlich — folgt ein warmer Appell an jeden Lehrer, dem Freundeskreise der „Lipp. Volkskirche" oder dieser selbst als Mitglied beizutreten. Und ganz zum Schluß der rhetorisch so wirkungsvolle Mahnruf: „Kämpfen Sie mit uns gegen die Kulturreaktion!" Ein abzutrennender Abschnitt mit vorgedruckter Beitrittserklärung, dem nur die Namensunterschrift und der monatlich zu zahlende Beitrag eingefügt zu werden brauchen, soll die Werbung neuer Mitglieder für die „Lipp. Volkskirche" erleichtern.

Uns hat diese Art, Mitglieder zu werben, stutzig gemacht. Wir sehen es als ganz abwegig und unbegründet an, daß in dem Werbeschreiben der Volkskirchler der Vorwurf der „Kulturreaktion" gegen die Kreise der lippischen Lehrerschaft erhoben wird, die ein „Schulkonkordat" wollen. Wir bestreiten den unterzeichnenden Personen der „Volkskirche" das Recht und sehen eine Anmaßung darin, ihre Kollegen als Kulturreaktionäre hinzustellen. Welches Recht haben offenkundige Anhänger der weltlichen Schule, an die Freunde der Gemeinschaftsschule zu appellieren? Unserer lippischen Volksschule wird nie Gefahr drohen von der eigenen Lehrerschaft. Wir haben viel Verständnis für eine Wahrung des kulturpolitischen Standpunktes der Unterzeichner des Werbeschreibens, sprechen aber offen aus, daß uns eine Verquickung von Mitgliederwerbung und schulpolitischen Erörterungen, wie sie hier zutage tritt, höchst unsympathisch ist. Die „Lippische Volkskirche" wird unseres Erachtens gut daran tun, sich auf das Gebiet religiöser Arbeit zu beschränken. Die lippische Lehrerschaft wird selbst wissen, was ihr und der lippischen Volksschule frommt.

Stadtverordnete contra Stadtrat

Schwalenbergs Stadtrat abberufen

Schwalenberg, 9. Febr. 1931.

Unter starker Beteiligung der Bürgerschaft fand gestern abend eine Stadtverordnetensitzung statt. Zunächst wurde über die Fürsorgesache Köller, der eine Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gerichtet hat, beraten. Man beschloß, die vom Bürgermeister ausgearbeitete Gegenerklärung dem Oberverwaltungsgericht einzureichen.

Sodann wurde eine Beschwerde des Stadtrats Kleinsorge, die dieser an die Regierung gerichtet hat, verlesen, ebenso die Erklärung des Bürgermeisters zu den einzelnen Punkten der Beschwerde. Aus der Versammlung heraus wurde betont, daß das Vorgehen des Stadtrats mißbilligt werden müsse. Nach lebhafter Aussprache wurde zunächst der Antrag gestellt, abzuwarten, wie die Regierung in der Beschwerdeangelegenheit urteilen werde. Demgegenüber beantragte aber der Stadtverordnete Kopp, dem Stadtrat das Mißtrauen der Stadtverordnetenversammlung auszusprechen. Diesem Antrage stimmten alle Stadtverordneten mit einer Ausnahme zu. Damit ist der jetzige Stadtrat Schwalenbergs nach den Bestimmungen des Gemeindeverfassungsgesetzes abberufen. [16

Superintendent oder Oberpfarrer?

Aus Gemeinschaftskreisen wird uns geschrieben:

In wenigen Tagen beginnt die 3. Lesung des kirchlichen Verfassungsentwurfs. Da richtet ein Kreis von „Laien", welche mit warmem Herzen die Entwicklung der bedeutsamen Arbeit verfolgen, an die Herren Landeskirchentagsmitglieder noch einmal die dringende Bitte, zu erwägen, ob nicht in der künftigen Verfassung mit den Fremdwörtern noch gründlicher aufgeräumt werden könnte? Ein Wort ist noch drin, das schon manchem Zungenbeschwerden gemacht, und das sich von den Federn auf dem Papier schon manche Mißgestaltung hat gefallen lassen müssen. Es ist das Wort Superintendent. Noch kürzlich hörten wir einen Mann aus dem Volke sagen: „Das spricht doch selten einer richtig aus, und mit dem Schreiben haperts auch." Das ist auch unsere Meinung, und sicherlich nicht nur bei uns auf dem platten Lande. Wozu denn solch unheimliches Wort in der Verfassung verankern? Ist es wirklich den Herren, die diese Bezeichnung tragen oder noch einmal tragen zu dürfen hoffen, so viel wert, daß sie ihren schlichten Gemeindegliedern solch halsbrecherische Künste zumuten? Daß es Leute gibt, welche diesen Verdacht hegen, mußte man eigentlich aus der Zeitungsnachricht schließen, daß bei den Verhandlungen vorgeschlagen worden sei, den augenblicklichen Trägern dieser Amtsbezeichnung zu lassen und dann dem etwaigen Nachfolger den neuen Namen beizulegen.

Nun gibt es doch ein gutes deutsches Wort, bei dem sich jeder, auch ein Kind schon, jedenfalls mehr denken kann, als bei jenem Fremdwort, das vermutlich aus einer Zeit stammt, da man auch noch in „Pastorenzirkeln" lateinisch redete. Dieses deutsche Wort empfahl, so lesen wir in den Berichten der Tagesblätter, auch ein Antrag des Ausschusses, der leider, wie es scheint, im Landeskirchentag keinen Widerhall finden konnte. Danach sollen in die Verfassung die drei Amtsbezeichnungen aufgenommen werden: Pfarrer, Oberpfarrer, Landesoberpfarrer. Beim Generalsuperintendenten fiel die Hälfte die der Junge des gemeinen Mannes noch weit geläufiger war, zumal wenn er einmal seines Königs Rock getragen hatte; warum soll nun die andere Hälfte bleiben?

Wir wissen wohl, daß es nicht auf Verfassungen, auch nicht auf „Titel", ob verständlich oder nicht, ankommt, wenn es sich um das Leben aus Gott und für Gott handelt. Wir sind aber auch der Ansicht, daß die Verfassung, die nun einmal gemacht wird und auch ihre Berechtigung haben dürfte, nicht bloß für die gelehrten und gebildeten Leute geschaffen wird, sondern auch für das große Kirchenvolk. Und von dem, davon sind wir überzeugt, wird der Pfarrer in seiner dreifachen Wandlung eher willkommen geheißen werden, als der steife, beinahe nach früheren Jahrhunderten schmeckende Superintendent.

Wir sind der Meinung: Die letzte Lesung der Vorlage dürfte einer nochmaligen gründlichen Erwägung dieser Sache nicht aus dem Wege gehen!

Vortrag über das Spargutachten

Aus dem Büro des Landespräsidiums wird uns geschrieben:

Die Arbeit des Reichssparkommissars ist abgeschlossen, und die Ergebnisse dieser Arbeit sind mit den Bemerkungen des Landespräsidiums inzwischen der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Der Vertreter des Reichssparkommissars, Oberregierungsrat Sabath, der hier die Arbeit geleitet und durchgeführt hat, wird auf Veranlassung des Landespräsidiums am Freitag, dem 27. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Evangelischen Vereinshauses in Detmold, Wiesenstraße, einen Vortrag über das Spargutachten und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen halten. Der Eintritt ist frei. Die Einladung ergeht an alle, die dieser Angelegenheit ihre Teilnahme und Aufmerksamkeit entgegentragen.

— **Vollversammlung des Verbandes Selbst. Kaufleute.** Heute nachmittag, 3,30 Uhr, findet im Hotel Freitag in Lage die diesjährige Vollversammlung des Verbandes der Selbst. Kaufleute statt. Von der vier Punkte umfassenden Tagesordnung dürfte besonders der Vortrag des Geschäftsführers, Syndikus Obersundermeyer, über „Behinderung der wirtschaftlichen Freiheit durch staatliche und behördliche Eingriffe" (Kupferner Sontag) großem Interesse begegnen.

Kurzschriftprüfung der Industrie- und Handelskammer

Wie das Kurzschrift-Prüfungsamt der Industrie- und Handelskammer mitteilt, findet die nächste Prüfung am 18. März, nachmittags 4 Uhr, in der Gewerbeschule in Detmold statt. Die Kammer hat beschlossen, um Härten zu vermeiden, diese Prüfung noch in allen Kurzschrift-Systemen, nicht nur in Einheitskurzschrift, stattfinden zu lassen. Diese Ausnahme gilt jedoch nur für die Hauptprüfung. Die Vorprüfung in der Geschwindigkeit von 120 Silben wird nur in Einheitskurzschrift abgehalten.

Zugelassen zur Prüfung kann werden, wer entweder seinen Wohnsitz oder seine Beschäftigung in Lippe hat und 16 Jahre alt ist. Die Meldung zur Prüfung ist nach vorgeschriebenem Muster spätestens bis zum 28. Februar an das Prüfungsamt zu richten. Gleichzeitig ist eine Prüfungsgebühr von 3 RM. einzuzahlen. Anmeldungsformulare, wie die näheren Prüfungsvorschriften sind bei der Industrie- und Handelskammer, Detmold, Paulinenstraße 23a, erhältlich und werden gegen Voreinsendung von 0,50 RM. auf Wunsch zugesandt.

— **Die nächste Vollsitzung des Landtages** ist bestimmt auf Dienstag, 24. Februar 1931, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Eingänge; 2. Bericht des Rechnungsausschusses; 3. Erste Lesung des Voranschlages.

Detmold

— **Neuverpachtung des „Neuen Kruges".** Wie wir erfahren, wird in der Leitung des Wirtschaftsbetriebes „Neuer Krug" mit dem 1. März ein Wechsel eintreten. An diesem Tage wird Herr Heinrich Voß, der Sohn des Hotelbesitzers Karl Voß, „Deutsches Haus", die Führung des gesamten Betriebes übernehmen. Herr Heinrich Voß hat sich als Geschäftsführer in größeren Hotel- und Restaurationsbetrieben des In- und Auslandes erfolgreich betätigt und dürfte daher die Gewähr dafür bieten, daß der „Neue Krug" unter seiner Leitung die alte Anziehungskraft bewahren wird.

— **Wirtschaftsvereinigung Deutscher Architekten (WDA.).** Am 14. und 15. d. Mts. findet in Hildesheim die Bundestagung der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Architekten, Sitz Leipzig, statt. Sie wird sich neben der Erledigung interner, organisatorischer Fragen insbesondere mit den bauwirtschaftlichen Problemen, welche die neueste Entwicklung (Notverordnung usw.) aufgeworfen hat, und mit der Notlage des Architektenstandes befassen.

— **Zimmerbrand.** Gestern morgen gegen 2 Uhr wurde die Motorspritze zu einem in der Neustadt entstandenen Zimmerbrand gerufen. Dort war aus bisher noch nicht geklärter Ursache ein Teil des Mobiliars in Brand geraten und verbrannt. Auch ist ein geringer Gebäudeschaden entstanden. Durch das Hinzutreten der Feuerwehr wurde eine Ausbreitung des Brandes sofort unterbunden.

— **Christliche Gefangenenhilfe.** Die Not der entlassenen Gefangenen, die den Willen zur Arbeit und zu einem geordneten Leben haben, ist in weiten Kreisen viel zu wenig bekannt. Zwar versuchen die Gefangenenfürsorgevereine nach Kräften zu helfen; doch reichen Kräfte und Mittel in keiner Weise aus. Die große Not besteht darin, daß jeder Entlassene mit Mißtrauen angesehen wird und sich Herzen, Häuser und Arbeitsstätten für ihn verschließen. Um Verständnis für diese wichtige Sozialarbeit zu wecken, sendet die Christliche Gefangenenhilfe Sekretäre und Schriftenmissionare in die Lande hinaus, um über Strafvollzug und Gefangenenfürsorge Lichtbildervorträge halten zu lassen. Die Christliche Gefangenenhilfe arbeitet innerhalb des großen Deutschen Reichsverbandes für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge. Der Lichtbildervortrag „Hinter Kerkermauern" findet am Montag, 16. Februar, im Vereinshaus um 8 Uhr statt. Da die Vorträge in andern Orten Deutschlands großen Beifall gefunden haben und der Reinertrag lediglich dieser Wohlfahrtsarbeit zugute kommt, wird hierzu herzlich eingeladen. Eintritt 30 Pfg. Arbeitslose und Altrentner frei.

— **Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen.** Heute nachmittag beginnt in der Turnhalle des Lyzeums der Bodeaymnastikkursus. In 5 mal 2 Uebungsstunden soll der Teilnehmer eine Einführung in die neuzeitliche Gymnastik nach Bode gegeben werden. Alle Lehrer und Lehrerinnen können sich beteiligen. Der Kursus beginnt jeden Mittwoch um 5 Uhr und ist um 7 Uhr zu Ende. Die Teilnehmer müssen Turnzeug mitbringen.

— **Landestheater.** Heute, Mittwoch, 11. Febr., 19.45 bis 22.15 Uhr, zum letzten Mal Goethes Faust in ursprünglicher Gestalt — Der Urfaust. Für die Faschingszeit wird Freitag, 13. Febr., 19.45 bis 22.15 Uhr, der erfolgreichste, meistbelachte Schwank dieses Jahres, „Hasenklein macht in Politik" von Mahner-Mons, ein possenhafter, burlesker Ulk, erstaufgeführt. Montag, 16. Febr., 19.45—22 Uhr, findet ein einmaliges Operngastspiel der Berliner Kammeroper mit eigenem Orchester statt, das die beliebte, erfolggekrönte komische Oper „Der Barbier von Sevilla" bringt. Bedeutend ermäßigte Opernpreise, 0,70 bis 4 Mark. Karten ab Donnerstag.

— **Als zugelaufen** ist ein Schäferhund gemeldet worden. Eigentumsansprüche sind innerhalb 8 Tagen beim Landrat in Detmold, Zimmer 16, geltend zu machen, da sonst anderweit über das Tier verfügt wird.

Lage

— **Die Familienfeier des Männerchors Lage** verlief in schönster Weise. Der Saal der „Friedenseiche" war an dem Abend aufs prächtigste geschmückt. Die Darbietungen des Doppelquartetts und die Duette fanden herzlichen Beifall. In gemütlicher Stimmung klang das Stiftungsfest aus. [28

— **Empfindlicher Verlust.** Dem Gutsbesitzer Avenhaus gingen innerhalb drei Wochen zwei wertvolle Pferde an Kolik ein. [28

Horn

— **Das Wiederbringen vergessen hat diejenige** Person, die sich im Monat November v. Js. von einem Landwirt auf der Pfuhlstraße ein Fahrrad für kurze Zeit zur Benutzung borgte. Leider ist dem Landwirt der Name des Leihers entfallen, so daß er sein Eigentum nicht zurückfordern kann. Hoffentlich erinnert sich jetzt die Person an die baldige Rückgabe des ihr freundlichermeise überlassenen Fahrrades. [1

Geld verdienen heisst kämpfen

... wir können Ihnen zum Sieg verhelfen



1 Legen Sie einen Gegenstand vorsichtig auf eine Wage. Dann wird die Wage anzeigen, was der Gegenstand tatsächlich wiegt. Dies entspricht dem Gewicht, das ein vollbeladener Lastwagen trägt, wenn er stillsteht.



2 Nun lassen Sie denselben Gegenstand plötzlich auf die Wage fallen. Augenblicklich wird die Wage bis zum doppelten Gewicht ausschlagen. Dies entspricht der Wucht der Stösse, die ein Lastwagen während der Beladung und Fahrt auszuhalten hat.

3 Mit Rücksicht darauf wurden die Blitz Lastwagen nach dem Wucht-Prinzip konstruiert. - Dies ist das Geheimnis ihrer außerordentlichen Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Wirtschaftskampf wird immer erbitterter. Tausende von Hirnen arbeiten täglich, um Ihnen Kundschaft und Umsatz zu entreißen! Festigen Sie Ihre Stellung mit allen Mitteln. Machen Sie sich kampfbereit gegen die Konkurrenz. Vielleicht wird auch Ihnen einer der neuen, preiswerten, nach dem Wucht-Prinzip konstruierten Blitz Lastwagen helfen. Die „Transport Analyse" wird es Ihnen zeigen. Verlangen Sie sie kostenlos und ohne Verbindlichkeit.

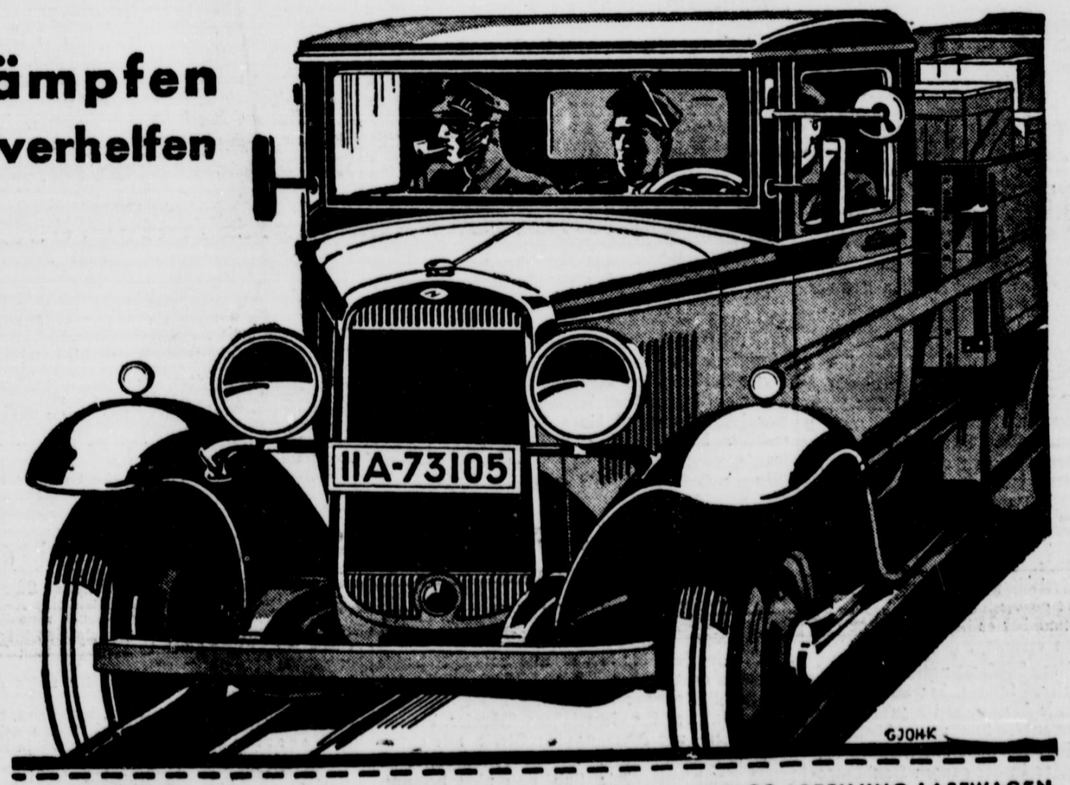
1½ TONNER 2,6 Liter 4 Zylinder Chassis **3295 RM**

Chassis mit Führerhaus . . . . . RM 3745.-
Pritschenwagen ohne Plane . . RM 3995.-
Pritschenwagen mit Plane . . . . RM 4175.-
(fünffach bereift)

2 TONNER 3,5 Liter 6 Zylinder Chassis **4395 RM**

Chassis mit Führerhaus . . . . . RM 4845.-
Pritschenwagen ohne Plane . . RM 5195.-
Pritschenwagen mit Plane . . . . RM 5395.-
(siebenfach bereift)

Preise ab Werk Rüsselsheim am Main



ERZEUGNIS DER ADAM OPEL A. G.

AN DIE ADAM OPEL A. G., RÜSSELSHEIM A. MAIN 96 ABTEILUNG LASTWAGEN.
Bitte senden Sie mir den angebotenen Katalog und das Formular für die Transport Analyse.

NAME: _____ WOHNORT: _____

STRASSE: _____ GESCHÄFTSZWEIG: _____

Ein Blick ins Wetter

Wetteraussichten für den 11. und 12. Februar.

Frische, von Südwest auf westliche Richtung drehende Winde. Meist bedeckt. Mehrfach mäßige Regenfälle, zeitweise mit etwas Schnee vermischt. Weitere Milderung.

*

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1931.

Die kontinentale Kaltluft hat ihre Bewegungsenergie fast völlig verloren. Sie wird von milder ozeanischer Luft weggeräumt, die von England her in breitem Strom nunmehr auf den Kontinent fließt. Unter Auslösung mäßiger Niederschläge, meist Regen, hat sie West- und Nordwestdeutschland bereits erreicht und dort die Morgentemperaturen seit 24 Stunden um 6 bis 7 Grad ansteigen lassen. Der Hauptschub der milden Luft liegt noch westlich des Rheines. Der nordwesteuropäische Wirbel, der diesen Wetterumschlag herbeiführte, zieht mit seinem Kern nach Nordskandinavien; er hat jedoch an seiner Süd- und Südwestseite mehrere rückseitige Ausläufer entwickelt, die ostwärts schwenken und eine zyklonale Wetterlage über dem größten Teile Deutschlands herbeiführen.

Oerlinghausen

— **Verein für Natur- und Heimatkunde.** Am letzten Vereinsabend hielt Herr Hofbüker einen interessanten Vortrag der sich mit Wanderungen in unserm Lipperlande befaßte. Der Redner erwähnte eingangs, daß man abseits der großen Straße wandern müsse, über Berg und Tal, Wald und Feld, um Genuß und Erbauung zu finden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Vortragende, der übrigens ein vorzüglicher Kenner unseres Heimatlandes ist, eine Menge schöner Wanderungen im Rosenlande Lippe bekannt, die sich z. T. gut in einem Tage bewerkstelligen lassen. Für seinen warmherzigen Vortrag, aus dem die Liebe zum Heimatland und zur Natur herausklang, erntete der Redner am Schluß seiner Ausführungen großen Beifall. — Herr Lehrer Diekmann schenkte dem Verein sodann 2 sorgfältig rekonstruierte Modelle verschiedener steinzeitlicher Siedlungen. In interessanten Darlegungen erklärte er, daß sich in einem Falle um das Modell eines Herdes der Siedlung Snakenbach handele, während das andere Modell eine germanische Schmiede darstelle. Der Vortragende teilte ferner noch interessante Einzelheiten aus dem Leben des Steinzeitmenschen mit. Für seine Schenkung sowie für seine begleitenden Worte wurden ihm Dank und warmer Beifall zuteil. — Am nächsten Vereinsabend, 23. Februar, hält Herr Oberpostsekretär Holzkamp einen Vortrag über „Die Postgeschichte unserer Heimat". Der Vortrag, der die postgeschichtliche Vergangenheit und Entwicklung innerhalb unserer gelb-roten Grenzpfähle behandelt, wird zweifellos sehr interessant werden. [50

Barntrup

— **Vorführung der Musterkreissäge.** Hiermit weisen wir auf die am Freitag, 13. Febr., vorm. 10 Uhr, auf dem Gehöfte Fr. Sundermann Nr. 285 in Barntrup (An der Masch) stattfindende Vorführung der Musterkreissäge durch die Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hin. An der Säge, auf der längs- und querschnitten werden kann, sind alle Schutzvorrichtungen vorhanden, die in den Normalunfallverhütungsvorschriften verlangt werden. Es wird erwartet, daß möglichst viel Unternehmer, Handwerker und Arbeiter an der Vorführung teilnehmen.

Schwalenberg

— **Silberne Hochzeit** feierten gestern die Eheleute Fr. Eichmann. Nachträglich herzlichen Glückwunsch!

Amt Detmold

Eichholz, 10. Febr. Diebstahl im Land des Lächelns! Während Prinz Karneval am Sonnabend beim Maskenball im Dreierkrug unter dem Motto „Im Land des Lächelns" sein Zepter schwang, wurde einer jungen Dame die beigefarbene Handtasche mit 20 Mark Inhalt, Taschentuch, dem unentbehrlichen Manikűretui sowie 3 Schlüsseln entwendet. Die Tasche wurde am nächsten Morgen ohne Geld in der Nähe wieder aufgefunden. Wer Wahrnehmungen gemacht haben sollte, wird gebeten, der nächsten Gendarmerie- oder Polizeistation Mitteilung zu machen.

Heiligenkirchen, 10. Febr. Der Männergesangverein hat die Vorbereitungen für sein alljährlich stattfindendes Hauptkonzert jetzt im vollen Umfange aufgenommen. Für die Veranstaltung, die am Sonntag, 23. Februar, im Gasthof „Zur lippischen Rose" (Wo Biere) stattfindet, ist es gelungen, Deutschlands gefeierte Sängerin, Rose Rößner aus Stuttgart, zu verpflichten. Die hervorragende Künstlerin weilt augenblicklich zur Erholung im Teutoburger Walde. Nur diesem Umstande ist es zu danken, daß der Männergesangverein diese von der gesamten Presse mit begeisterten Worten gefeierte Sängerin für das Konzert gewinnen konnte. Zum ersten Male ist damit der Einwohnerschaft Gelegenheit gegeben, eine wirklich große Gesangskünstlerin zu hören, die mit ihrem prächtigen Stimmaterial die Zuhörer entzücken wird. Das Programm dieses Konzerts bringt auserwählte Chöre, die durch musikalische Darbietungen der Kapelle Hönisch aus Detmold umrahmt werden.

Bad Meinberg, 10. Febr. Einen Rekord im Schweinemästen stellte hier der Landwirt Fritz Schäfer Nr. 88 auf. Er schlachtete vor einigen Tagen ein Schwein im stattlichen Gewicht von etwa 700 Pfund. Guten Appetit!

Pivitsheide, 10. Febr. Die Beratungsstunde findet am Freitag, dem 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im Gemeindehause statt.

Amt Schötmar

Sylbach, 10. Febr. Am Freitag, dem 13. Febr., abds. 8 Uhr, veranstaltet die Christliche Gefangenenhilfe im Christlichen Vereinshaus einen Lichtbildervortrag mit dem Titel „Hinter Kerkermauern". Es werden Bilder von der Zeit Neros ab bis in die Gegenwart gezeigt werden. Der Erlös ist für die Linderung der Gefangenennot bestimmt. Der Eintritt beträgt für Jugendliche bis zu 17 Jahren 30 Pfg., für Erwachsene 50 Pfg.

Helpup, 10. Febr. **Vermißt. Seit Dienstag voriger Woche wird der 16jährige E. Otto aus Mackenbruch vermißt. Er war bis dahin in Bielefeld bei der Firma Dürkopp beschäftigt.** [46

Helpup, 10. Febr. Aus den Vereinen. Am Sonnabend abend veranstaltete die Freiwillige Feuerwehr einen Familienabend. Es war eine überaus schöne Feier. Ein besonderer Anlaß zu dem gemütlichen Beisammensein war der 55. Geburtstag des Brandmeisters E. Heißenberg. Auch Herr Landesbranddirektor Günther war erschienen. Aus den vielen Ansprachen und Glückwünschen war zu entnehmen, welcher Beliebtheit und Wertschätzung sich der Herr Brandmeister bei seiner vorgesetzten Behörde und den Wehrleuten erfreut. Möge das am Sonnabend so schön bewiesene Kameradschaftsgefühl die Wehr ferner auszeichnen, zum Wohl der Bürgerschaft. [46

Krentrup, 10. Febr. Der Kameradschaftliche Verein veranstaltete am Sonntag eine Familienfeier. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Brokmeier, begrüßte die Gäste und Mitglieder mit warmen Worten. Danach hielt Bundesschatzmeister Jungeblut einen Vortrag, den er durch einen Lichtbildstreifen veranschaulichte. Er verstand es, die Anwesenden in Spannung zu halten und erntete lobende Anerkennung. Nach Abwicklung des Programms setzte der gemütliche Teil ein.

Amt Brake

Brake, 10. Febr. In seinem eigenen Lokal verprügelt. Der L. V. wird geschrieben: Kommen da vor einigen Abenden sechs Männer, die einem Auto entstiegen waren, in eine hiesige Wirtschaft. Als auf ihren kommunistischen Gruß „Heil Moskau" sich ein Gast den Gruß „Heil Hitler" zu antworten erlaubte, nahm die Anpöbelei ihren Anfang. Als der Wirt sich die Streitereien in seinem Lokal verbat, wurden die Männer handgreiflich und verprügelten den Wirt in seinem eigenen Lokal. Leider waren in dem Augenblick keine Gäste mehr anwesend, da sich der einzige Gast mittlerweile entfernt hatte, um etwaigen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Die Männer entfernten sich aus dem Lokal nach ihrer Heldentat und suchten in ihrem Auto schnell das Weite, ehe es möglich war, die Nummer des Autos festzustellen. Hoffentlich ist es noch möglich, ihre Namen zu ermitteln.

Brake, 10. Febr. Der Männergesangverein Orpheus hielt am Sonnabendabend im Saale des Herrn Sonntag einen Familienabend ab, der außerordentlich stark besucht war und in schönster Harmonie verlief. Eine besondere Note bekam der Abend dadurch, daß sich im Verlaufe der Festlichkeit der Verein in 5 Doppelquartetts auflöste, die im friedlichen „Sängerwettstreite" um die von Sangesbrüdern gestifteten Preise rangen. Es war für die beiden Preisrichter keine leichte Arbeit, die alle gut singenden Doppelquartetts richtig einzuordnen, mußten doch fast sämtlichen 8 oder 9 Punkte in den Disziplinen: Rhythmus, Dynamik, Intonation, Aussprache, Klangschönheit und Auffassung zuerkannt werden. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Aufmachung des Doppelquartetts „Mossenberg" unter der Stabführung des „Generalmusikdirektors Chrischan" und die noch groteskere des Quartetts „Sänger vom Finsternwalde" unter der „grandiosen" Leitung von „Kochs August", bei dessen Anblick die Besucher fast nicht wieder aus dem Lachen herauskamen. Ein gemütliches Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer noch bis lange nach Mitternacht in sangesbrüderlichem Kreise fröhlich zusammen. Auf diese Vereinsveranstaltung, die auch wieder neue Sangesbrüder für das deutsche Lied geworben hat, kann „Orpheus" äußerst befriedigend zurückblicken und sie als einen würdigen Abschluß des Jahres 1930 buchen.

Lieme, 10. Febr. Missionsfilm. Der am Sonntagabend in der Kirche gezeigte Filmvortrag brachte zwar kein volles Haus, immerhin aber konnte man bei dem starken Frostwetter mit dem Besuch wohl zufrieden sein. Die aus unserer früheren Kolonie gezeigten Bilder fanden das Interesse der Anwesenden. Für diese wie auch für die Mission selbst war der Abend ein Gewinn. [10

Humfeld, 10. Febr. Der Turnverein hielt am Sonnabend seine Generalversammlung ab. Der Kassenwart Fr. Nolte gab die Einnahmen und Ausgaben bekannt. Es verbleibt ein Überschuß von 87,35 RM. Nach der Rechnungsprüfung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Antrag auf Anschaffung eines neuen Recks wurde angenommen. Mit einem kräftigen „Gut Heil" trennte man sich nach Schluß der Versammlung.

Amt Blomberg

Rischenau, 10. Febr. Generalversammlung des Zieglervereins. Am vergangenen Sonnabend fand im „Chausseehause" die Jahresversammlung des Zieglervereins statt, die vom Vorsitzenden, Hermann Gröne, eröffnet wurde. Die Jahresrechnung wurde geprüft und für richtig befunden. Die Einnahme betrug 331,30 Mark, die Ausgabe 234,83 Mark, so daß ein Ueberschuß von 96,47 Mark verbleibt. Der Beitrag wurde auf jährlich 50 Pfennig pro Mitglied festgesetzt. Hiervon werden nach der Satzung an in Not geratene Mitglieder kleine Unterstützungen bezahlt und entrichtet bei Todesfällen neben einer Kranzspende den Hinterbliebenen 15 Mark. Da fast alle jetzigen und ehemaligen Ziegler und Ziegelmeister dem Verein angehören, weist der Verein eine stattliche Zahl von Mitgliedern auf. Der Vorstand wurde neu gewählt: Karl Kampmeier Vorsitzender, Wilhelm Schöning Stellvertreter, Fritz Köhring Nr. 86 Schriftführer, H. Töberich jun. Stellvertreter. Zum Rechnungsführer wurde Fr. Mahlmann wiedergewählt, Stellvertreter Heinrich Schoppe. Für die Zukunft soll für die unentschuldigt fehlenden Mitglieder eine Strafe von 50 Pfg. in Rechnung gestellt werden. [19

Biesterfeld bei Rischenau, 10 Febr. Verkauf der Meiereigrundstücke. In der vergangenen Woche war Herr Oberregierungsrat Petri-Detmold auf dem Stammsitz der ehemaligen lippischen Grafenfamilie anwesend, um mit den Pächtern der Meierei über den Verkauf der Grundstücke zu verhandeln. Es handelt sich um 11 Kleinpächter, die in alten Wohnungen seit mehr als 100 Jahren mit ihren Familien in fleißiger Arbeit die auf Anhöhen liegenden Ländereien bewirtschaften und im Winter meist als Waldarbeiter in den großen Forsten des Schwalenberger Waldes ihren Lebensunterhalt ergänzen. Es handelt sich um eine Bewirtschaftungsfläche von rund 300 Scheffelsaat. Die Pächter haben den Wunsch, die Eigentumsrechte ihrer bewirtschafteten Fläche zu erwerben, wenn die Bedingungen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. An Pachtung bringt die Meierei jetzt knapp 3000 Mark dem Staate ein. Hoffentlich gelingt es, den Pächtern, die teils ehemalige Wanderarbeiter waren, einen ihrer Kraft entsprechenden Kaufvertrag zuzubilligen. [19

...halb Bohnenkaffee,
halb Kathreiner, das
schmeckt wundervoll- und Sie
sparen schönes Geld dabei...

Erst neuerdings ist das französische Eisenbahnsignal-System dem in den anderen maßgebenden Staaten (Deutschland, England, Italien u. USA.) angeglichen worden; insbesondere sind die Farbenzeichen (rot für Halt und grün für freie Fahrt usw.) jetzt auch in Frankreich eingeführt.

*

Zum zweitenmal binnen kurzer Zeit ist die amerikanische Stadt **Oklahoma** durch den plötzlichen Ausbruch einer riesigen Petroleumquelle auf das schwerste gefährdet. 700 Menschen haben schon die **durch den fortgesetzten Petroleumsprühregen besonders gefährdeten** Teile der Stadt verlassen müssen.

Vereins- und Versammlungskalender

Detmold. Bund Königin Luise. Heute, Mittwoch, 8.15 Uhr, im Kaiserhof, Kleiner Abend. — Der Bund ist zum Deutschabend des Wehrwolf am 14. Febr. im Odeon, eingeladen.
— **Schießverein.** Heute, 8.30 Uhr abends, Schießen im Ev. Vereinshause (Kellergeschoß).
— **Deutsche Bau- und Wirtsch.-Gem. Köln.** Versammlung Donnerstag, 12. Febr., abends 8 Uhr, im „Grünen Jäger", Meiersfelder Straße. — Interessenten willk.
— **Arbeitsgemeinschaft der Detmolder Frauenvereine.** Mittwoch, 11. Febr., abends 8 Uhr, Vortrag von Frau Gertrud Käsel-Berlin in der Deutschen Oberschule über: „Verkehrssicherheit und ihre Gefährdung". Eintritt frei!
— **Vaterländischer Frauenverein vom Roten Kreuz.** Das Nähen im Gesellschaftshaus findet von jetzt an um 3½ Uhr statt.

Eigenheim-Bund Niedersachsen

Alverdissen. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Lokal Rottmann.
Bad Salzuflen. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Kleinbahnhof Kurpark.
Kachtenhausen. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Lokal Niemann.
Müssen. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Lokal Büker-Breitenheide.
Oerlinghausen. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Lokal Nagel-Hauptstraße.
Wüsten. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Lokal Wüstener Krug.

Briefe an die Redaktion

Erklärung

Humfeld, 10. Februar.

Ich bin wiederholt gefragt worden, warum ich auf den Artikel des „Volksblattes" in der Ausgabe vom 22. Januar, in dem ich auf die schmutzigste Weise angegriffen werde, nicht antworte. Dazu habe ich zu erklären, daß ich mich mit diesen unsauberen Elementen nicht befassen werde. Das „Volksblatt" mag in seiner „bekannten" Weise lustig weiter schreiben. Mich ficht's nicht an.

Fr. Ottel.

Geschäftliches

Der erste bedeutungsvolle Gruppenversicherungs-Kontrakt in Deutschland. Durch einen Gruppen-Lebensversicherungs-Vertrag, den die Adam Opel A.-G. mit der Phönix A.-G. abgeschlossen hat, ist die gesamte volljährige Belegschaft einschließlich der Beamten mit 12½ Millionen Mark versichert worden. Zum Eintritt war für den Einzelnen weder eine ärztliche Untersuchung erforderlich, noch wurde eine Einschränkung in Bezug auf Alter oder Gesundheitszustand gemacht. Opel teilt die Kosten der Versicherung mit seinen Angestellten und Arbeitern derart, daß die von diesen zu zahlenden Prämienanteile verschwindend gering sind. Die Gruppenversicherung erhöht den Wert des Einkommens des Einzelnen durch billigsten Versicherungsschutz für seine Angehörigen um ein Erhebliches. Die Auszahlung der Versicherungssumme erfolgt jeweils an die von jedem Angestellten und Arbeiter bei Eintritt in die Versicherung zu benennenden Begünstigten. Von Weihnachten bis zum 31. Januar hatte die Adam Opel A.-G. etwa 6000 ihrer Werksangehörigen ohne Kosten für diese versichert. Während des Januar haben sich über 90 Proz. der Belegschaft entschlossen, die Versicherung unter Uebernahme eines Teiles der Prämie ab 1. Februar fortzuführen.

Landes-Sport-Zeitung

Westdeutscher Spielverband

Gau Lippe

Amtliche Mitteilungen. (Nachdruck verboten.)

Neue Termine

Klasse IIa.

Gruppe 1.

15. 2. Schlangen — Heiden; Timmes.
22. 2. Heiden — Pivitsheide; Krüger. Detmold — Schlangen; Jacob.
1. 3. Pivitsheide — Schlangen; Märtens. Detmold — Heiden; König II.
8. 3. Pivitsheide — Detmold; Schäfer.

Gruppe 2.

15. 2. Brake — Lage; Greimeier. Salzuflen — Oerlinghausen; Brüntrup.
22. 2. Hörstmar — Brake; Dreweskracht. Lage — Salzuflen; Hüls. Lieme — Oerlinghausen; Mühlmeier.
1. 3. Brake — Lieme; Meier-Sommersell. Lage — Hörstmar; Kunze.
8. 3. Hörstmar — Salzuflen; Wollbrink. Lage — Lieme; Bergmann. Oerlinghausen — Brake; Steffen.
15. 3. Brake — Salzuflen; Greimeier. Lage — Oerlinghausen; Kunze. Lieme — Hörstmar; Grote.
22. 3. Oerlinghausen — Hörstmar; Walter. Salzuflen — Lieme; Wedderwille.

Schüler.

Gruppe 1.

15. 2. Oerlinghausen — Helpup. Lage 2 — Hörste.
1. 3. Helpup — Lage 2.
8. 3. Hörste — Oerlinghausen.
22. 3. Hörste — Helpup. Lage 2 — Oerlinghausen.

Gruppe 2.

15. 2. Hörstmar — Lage 1. Salzuflen — Lieme.
22. 2. Lage 1 — Lieme. Hörstmar — Salzuflen.
8. 3. Lieme — Hörstmar.
15. 3. Salzuflen — Lage.

Der Unkosten wegen können Schülerspiele vom Jugendleiter bzw. Schülerbegleiter geleitet werden. Spielberichte aller Jugendklassen sind mir sofort einzusenden. Bei Spielausfall erbitte diesbezügliche Meldung. Gewissenhafter Spielfeldaufbau ist Pflicht der Platzvereine.

Nowara.

SV. D.-Vahlhausen — Jungliga Detmold (Schiri und Detmold nicht angetreten)

Nachlese zum Spiel Hörstmar — Lieme

In dem Bericht über das Spiel Hörstmar — Lieme am Sonntag, bei dem es nicht so ruhig zuging, wie es im Interesse des Sports erforderlich ist, wurde zum Ausdruck gebracht, daß der angesetzte Schiedsrichter (in diesem Falle der Schiedsrichter-Obmann) leider nicht erschienen sei. Hieraus könnte gefolgert werden, daß der Schiedsrichterobmann nicht einmal seinen Verpflichtungen nachkomme. Tatsächlich liegen die Dinge aber anders. Der Schiedsrichterobmann, der das Spiel persönlich leiten wollte, weil es bei diesen Begegnungen nicht immer friedlich zuzugehen scheint, war gegen Ende vergangener Woche erkrankt und hat ordnungsgemäß einen anderen Schiedsrichter als Ersatzmann gestellt. Ein Verschulden des Obmannes kommt demnach nicht in Frage.

*

Wir benutzen diese Gelegenheit, nochmals alle Vereine zu bitten, bei Abfassung der Spielberichte größte Objektivität walten zu lassen. Wenn wir auch schon in den Berichten ohne weiteres manches streichen, was auf den ersten Blick als übersteigerter Lokalpatriotismus anerkannt wird, so können wir beim besten Willen nicht alle tatsächlichen Angaben nachprüfen. Also, die Herren Berichterstatter, nochmals: Objektivität, größte Objektivität bitte!

Sparta Prag verdiente gut

Bei der Generalversammlung von Sparta Prag ergab der Jahresabschluß des Kassenführers eine Gesamteinnahme von 285 000. Von diesem Betrag wurden an Steuern 60 000, an Gehälter und Prämien für die 18 Spieler der ersten Mannschaft 82 000 Mark gezahlt. An Zuschauern wurden im abgelaufenen Jahr 280 000 gezählt, davon in den drei Mitropacupspielen allein 73 000. Den größten Besuch hatte die Begegnung mit Ambrosiana Mailand aufzuweisen, wobei 37 000 Mk. vereinnahmt wurden. Auch auf der letzten Deutschlandreise hat Sparta Prag finanziell gut abgeschnitten und rund 20 000 Mark verdient.

Sport in Kürze

Das Stuttgarter Sechstagefeld ist noch vor Ablauf der Hälfte des Rennens auf 10 Paare zusammengeschrumpft. In der dritten Nacht gab Depauw wegen seiner Sturzverletzungen auf, so daß Duray mit dem von Steger verlassenen Dumm zusammengetan wurde. In den Jagden der Nacht zum Montag konnten Krüger-Funda zur Spitze aufrücken und sich in den Wertungen am Montagnachmittag auch die Führung vor Preuß-Resiger sichern. Jan van Kempen kam bei einem Vorstoß so unglücklich zu Fall, daß er ein Schlüsselbein brach und so zur Aufgabe gezwungen wurde. Nach 67 Stunden (1565,250 Klm.) war der Stand folgender: 1. Krüger-Funda 121, 2. Preuß-Resiger 114, 1 Runde: 3. Kilian-Pützfeld 85, 4. Manthey-Maczynski 58, 2 Runden: 5. Frankenstein-Petri 104, 6. Ehmer-Tietz 75, 3 Runden: 7. Duray-Dumm 47, 4 Runden: 8. Carpus-Peix 96, 9. Chourg-Fabre 50, 10 Runden: Zucchetti-Severgnini 65 Punkte, van der Heiden Ersatzmann.

Das Sechstagerennen in Chikago, an dem von deutschen Fahrern Kroschel-Buschenhagen teilnehmen, nahm einen vielversprechenden Anfang. Gleich in der ersten Stunde setzten lebhafte Jagden ein, u. Giorgetti-Broccardo konnten das Feld im Verein mit Belloni-Linari nicht weniger als fünfmal überrunden.

Ein 50-Kilometer-Dauerlauf wurde am Montag im Rahmen der Deutschen Ski-Meisterschaft in Lauscha-Ernstthal zum Austrag gebracht. Unter den 26 gestarteten Läufern erwies sich Marx-Friedrichsroda als der Beste. Als 15. gestartet ging er nach dem 35. Kilometer an dem führenden Otto Wahl vorbei und siegte sicher in 4:34:22, während Wahl (Zella-Mehlis) 4:38:13 benötigte.

Die Deutschen Eisschnellaufmeisterschaften wurden am Montag in Berlin mit den Läufen über 1500 und 10 000 Meter beendet. Der Berliner Meister Barwa war auch hier überlegen und siegte in 3:41,6 bzw. 19:44 jedesmal vor Sandner (München). Mit 220,926 Punkten wurde Barwa zum ersten Male deutscher Meister vor Sandner (229,473) und dem Berliner Lötsch (236,650).

Zahlreiche Herausforderungen sind an die deutschen Meister der schwersten Gewichtsklassen ergangen. Um den Halbschwergewichtstitel Ernst Pistullas bewerben sich Heuser, Hölzl, Klintz und Max Dieckmann, während der Schwergewichtsmeister Hein Müller seinen nächsten Gegner in Schönrath oder Rudi Wagener zu sehen hat, zu denen sich noch Gühring gesellen könnte.

Handel ★ Industrie Landwirtschaft

Tendenzbericht.

(Mitgeteilt von der Lippischen Landesbank, Staatliche Kreditanstalt Detmold.)

Berlin, 10. Febr. Die ersten Notierungen lagen etwas über den gestrigen Schlußkursen, so daß die Anfangstendenz als freundlich bezeichnet werden konnte. Die Käufe der Kundschaft sollen nicht den Erwartungen entsprochen haben. Man sprach auch von limitierten Verkaufsorders, für Provinzengagements, auf denen schon erheblicher Nutzen liege. Wieder waren es besonders Nebenwerte, die von der freundlichen Stimmung und der Kaufneigung der Kundschaft stärker profitierten. Bank elektr. Werte, Karstadt, Schlesische Bergbau und Zink, Harburger Gummi erschienen mit plus-Zeichen; aber auch Nordwolle, Feldmühle, Zellstoff-Waldhof, Dt. Ton- und Steinzeug, Chantung Handels A.G., neue Reichsbank-Anteile, Stollberger Zink, elektr. Lieferung, Lahmeyer, waren um 2½ bis 4 Proz. gebessert. Auch Svenska plus 5 Mark und Chade-Aktien plus 3¾ Mark zeichneten sich durch Festigkeit aus. Anleihen freundlich, Altbesitz ¼ Proz. höher, von Ausländern Türken etwas fester. Pfandbriefe wieder freundlich, Reichsschuldbuchforderungen bei lebhafteren Umsätzen ⅛ bis 1 Proz. höher, auch Industrie-Obl. wieder fest. Am Geldmarkt ermäßigte sich Tagesgeld auf 4—6 Proz., die übrigen Sätze blieben unverändert. Im weiteren Verlaufe blieb die Tendenz fest, doch konnten sich die höchsten Kurse nicht überall voll behaupten. Am Pfandbrief-Markte waren Liqui.-Werte nicht ganz einheitlich, doch meist bis ¼ Proz. fester. Goldhypothekenpfe. und Kommunal-Obl. lagen freundlich und verschiedentlich etwas fester. Stadtanleihen konnten sich durchweg etwas bessern, die Gewinne betrugen meist ½ Proz. Am lebhaftesten ging es am Markte der Industrie-Obligationen zu, die im Durchschnitt 1 Proz. anziehen konnten. Unnotierte Werte wiesen Besserungen bis 4 Proz. auf. Maschinen- und Kranbau waren sogar um 6 Proz. fester. Reichsschuldbuchforderungen konnten ihre Anfangsgewinne von ½ bis 1 Proz. auch im Verlaufe behaupten. Am Kassamarkte herrschte heute sehr feste Tendenz, zahlreiche Papiere erschienen mit plus plus-Zeichen, und Kursgewinne bis zu 5 Proz. waren an der Tagesordnung. Gewinne bis zu 7 Proz. gegen den Anfang waren keine Seltenheit und besonders Kali- und Kunstseidenwerte, Polyphon, Schubert und Salzer, Schultheiß, und Berger zeichneten sich durch feste Haltung aus. Auch Tietz-Aktien schlossen mit 111 Proz. kräftig erhöht, nachdem die Kassanotiz sich noch auf 109 Proz. stellte. Angeblich sind die großen Exekutionen in diesem Papier heute beendet worden.

Produktenbericht.

wtb. **Berlin**, 10. Febr. Bei mäßigem Inlandsangebot weiter fester. An der Produktenbörse hat sich die freundliche Grundstimmung erhalten. Das Mehlgeschäft war gestern nachmittag zeitweise etwas lebhafter, da angesichts der Fortdauer der kalten Witterung einige Deckungskäufe erfolgten. Bei dem knappen Inlandsangebot haben die Mühlen Schwierigkeiten, sich mit Rohmaterial ausreichend zu versorgen, so daß die Preise am Promptmarkt gut behauptet blieben. Für Weizen wurden vereinzelt eine Mark höhere Forderungen als gestern bewilligt. Der Lieferungsmarkt setzte bis 1½ Mark fester ein. Roggen war im Prompt- und Lieferungsgeschäft um ½ bis 1 Mark gefestigt. Die Forderungen für Weizen- u. Roggenmehle lauteten etwas höher, größere Abschlüsse kamen auf dem erhöhten Niveau nicht zustande. Hafer liegt bei mäßigem Angebot am Prompt- und Lieferungsmarkt stetig. Am Gerstenmarkt ist keine Belebung zu verzeichnen.

Produktennotierungen.

Berlin, 10. Febr. Weizen, märk. ab Station 267—269, März 281 u. G., Mai 288—289 Juli 293 u. G., Roggen, märk. ab Station 157—158½ Br., März 176—176½ bis 176¼, Mai 183½—183¾, Juli 185 Br., Braugerste ab Station 204—218, Futter- und Industriegerste 190—204, Hafer, märk. ab Station 137—146, März 155—154¾, Mai 162½—162¾ G., Juli 160. Weizenmehl 30¾—37½, Roggenmehl 23½—26½. Weizenkleie 11—11½. Roggenkleie 9½—10, Kleine Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19—21, Peluschken 22½—25, Ackerbohnen 17—19, Wicken 18—21, Lupinen, blaue 13—15, gelbe 21—24 Seradella, neue 54 bis 60, Rapskuchen, Basis 38 Proz. 9—9¾, Leinkuchen, Basis 37 Proz. 15½—16, Trockenschnitzel 6½—6.80, Soyaextractionsschrot, Basis 45 Proz. 14—14.20

Viehmarkt.

Berlin, 10. Febr. Auftrieb: Rinder 1286, darunter: Ochsen 245, Bullen 309, Kühe und Färsen 682, Kälber 2625, Schafe 2611, Schweine 12197, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2302, Auslandsschweine 718. (Preis für 50 Kg. Lebendgew.): Ochsen: a) 52—53, b) 49—51, c) 45—47, d) 40—44 Bullen: a) 47—50, b) 45—46, c) 43—44, d) 41—42. Kühe: a) 36—40, b) 28 bis 35, c) 25—27, d) 21—2[illegible] Färsen: a) 46—49, b) 40—45, c) 35—39. Fresser: 36—43. Kälber: a) 55—62, b) 49—57, c) 38—45. Schafe: a) 56—60, b) 52 bis 55, c) 38—42, d) 42—50. Schweine: a) 55, b) 54 bis 55, c) 53—55, d) 52—55, e) 48—51, Sauen 50—52. — Marktverlauf: Bei Rindern angeregt, bei Kälbern glatt, bei Schafen ruhig, bei Schweinen glatt.

Aus den Nachbargebieten

Freitod auf den Schienen

mc. **Bielefeld**, 9. Febr. **Auf der Strecke Bielefeld—Herford wurde die Leiche einer etwa 40jähr. Frau gefunden, die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt war. Nach den Feststellungen handelt es sich um eine Frau L. von hier, die gemütskrank war und wahrscheinlich selbst in den Tod gegangen ist.**

*

Die „Rathausstürmer" werden entlastet

mc. **Oeynhausen**, 9. Febr. Im Mindener Kommunistenprozeß wurden heute die ersten Entlastungszeugen vernommen. Ein großer Teil von ihnen hat aber wenig gesehen oder kann sich an nichts mehr erinnern, sodaß die Entkräftung der Anklage bisher nur in wenigen belanglosen Punkten gelang.

Polizeihauptmann Bergemann-Bielefeld, der letzte Entlastungszeuge, konnte nicht sicher angeben, ob Volkmann die Freilassung der Festgenommenen gefordert habe, oder ob die Darstellung des Angeklagten richtig sei, nach der er sich nach den Namen der Festgenommenen erkundigt habe.

Der Hafenarbeiter Meckes, nationalsozialistischer Stadtverordneter, kannte den Weserschiffer Volkmann vom Berufe her und ist zudem weitläufig mit ihm verwandt. Die weltanschaulichen Gegensätze ließen sie aber nicht miteinander verkehren. Trotzdem sah er in der ganzen Handlungsweise des Angeklagten Volkmann nichts anderes als eine Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Der Kaufmann Diesdücker schilderte ruhig und klar, daß Volkmann die Leute nicht habe aufreizen, sondern beruhigen wollen. In Gustys Rede sei keine Wendung enthalten gewesen, die man als eine Aufforderung zum Rathaussturm hätte ansehen können.

Ein Viehhaus abgebrannt

Vermutlich fahrlässige Brandstiftung.

mc. **Herford**, 10. Febr. Ein schweres Schadenfeuer brach im Viehhause des Landwirts Lübke im benachbarten Diebrock-Haus Heide aus. Nach kurzer Zeit stand das ganze Gebäude in hellen Flammen, die in den großen Stroh und Hausvorräten reiche Nahrung fanden. Da die Gefahr bestand, daß durch Funkenflug auch das nur einige Meter entfernt stehende Wohngebäude in Brand geriet, alarmierte man noch die Herforder Wehr, die nach kurzer Zeit mit der Motorspritze erschien und das Feuer auf seinen Herd beschränkte. Das Viehhaus war jedoch schon fast bis auf die Grundmauern zerstört. Während das Vieh gerettet werden konnte, wurden sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, sowie die Stroh- und Heuvorräte vernichtet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Es soll fahrlässige Brandstiftung vorliegen.

*

Familientragödie in Papenburg

Vom Stiefsohn und Schwiegersohn erschlagen.

mc. **Papenburg**, 9. Febr. In Papenburg wurde am Montag früh der Bäcker und Landwirt Vahle ermordet aufgefunden. Die bisherigen Ermittlungen führten zur Verhaftung des Stiefsohnes Albers und des Schwiegersohnes Schneier, die ihn nach einem voraufgegangenen Streit mit einem Beil erschlagen haben. Die Begleitumstände zu dieser Familientragödie sind noch nicht bekannt. Ebenso konnte man über die Ursache und den Hergang des Streites noch nichts Genaues in Erfahrung bringen. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde auch die Ehefrau des Ermordeten verhaftet. Vahle stand im 56. Lebensjahr und betrieb eine kleine Landwirtschaft. Mit seiner Frau, die 45 Jahre alt ist, war er in zweiter Ehe verheiratet.

Der springende Punkt zur „Grippe" und Grippeverhütung

Jetzt ist sie wohl wieder einmal da und geht um, „die Grippe". Muß sie das? Nein! Könnte es anders sein? Ja! Warum ist's denn nicht anders? Weil Irrtum geglaubt und Irriges getan wird! Ich will es euch sagen, was es ist! Es ist ja nur „ein bißchen Grippe" und „ein bißchen Erkältung", sagt man. Aber andere liegen hochfiebernd schachmatt da mit bohrenden Augenhöhlenschmerzen, triefender Nase, verschwollenem Halse; nach dem „bißchen Grippe" wanderts oft hinab in Bronchien und Lungen, hinüber in Herz, Nieren, in Mittelohr, Stirn- und Kieferhöhle usw., dort langjährige eitrige und andere Prozesse hervorrufend. Unberechenbar die Schmerzen, der Gesundheits-, der Arbeitsausfall und die Unkosten und die Sorge, vielfach auch bis an das Grab plötzlich dahingestorbener Alter und Junger. Nun fürchtet man sich vor dem Besten, was wir haben, vor der Luft, die uns Abwehrkräfte verleiht; verkriecht sich undeutsch vor dem kleinsten unschädlichen Luftzug, tötet in überheizten Räumen eigene Abwehr- und Widerstandskraft! Furchtsam ängstlich gewordene Aeltere suchen sogar der natürlich empfindenden Jugend den kräftigenden, ja vorbeugenden Sport an der nur heilsamen Luft zu vergraulen! Abergläubisch, als flöge wie eine Nebelkrähe diese Krankheit durch die Luft, beugt man sich, wie hypnotisiert, unter ein unabwendbares Geschick! Dabei ist man vor Angst blind dagegen, daß man krank ist durch schmierige Absonderungen und, damit Hand in Hand gehenden Erscheinungen, die nichts anderes sind als Vergiftung! und zwar Vergiftung durch die lebenden Erreger des Schmierigen, des Eiters, der nur von außen herangebracht wird. Und das geht um! Also Uebertragung! Und dann gleich in Massen! Also „Epidemie", genau wie die Schnupfen-, Husten-, Bronchialkatarrh-, Keuchhusten- und sonstige Epidemien! Nennen wirs doch bei dem richtigen Namen! Und wir werden viel besser klar sehen und vorbeugen lernen!

Wo sitzt denn nun aber der milliardenhafte Verderbniskeim? Selbstverständlich zunächst im Umwelts-„Schmier"! Hauptsächlich in den Absonderungen der Kranken und krank Gewesenen. So also auch in den die Straßen zu Zeiten unzählig überfäenden ausgehusteten, ausgespuckten, ausgeschnaubten Qualstern, im Nasenschleim- mit Eiterschmier! In dem so keimbeladenen Speichel, in jedem kleinsten Tröpfchen Abermillionen mikroskopischer Keime, auch ebensoviel im Munde! Ja, im Munde und Rachen! selbstverständlich in erster Linie der Kranken! Aber auch der noch Gesunden in der Umgebung des Kranken und ebenso im Munde und Rachen der Wiedergesundgewordenen, noch lange Zeit nach der Genesung!

Und nun blicke man um sich, mit welch fabelhaften krankmachenden Fehlgewohnheiten man mit diesem maßlosen Umweltschmier im öffentlichen Leben zumeist umgeht! Weil man Luft und „Erkältung" abergläubisch anschuldigt, appliziert man ohne Nachdenken und rücksichtslos sich und anderen, und wenn es auch nur in kleinsten Tröpfchen ist (Tröpfcheninfektion), den Schmier ausgerechnet an den einzig gefährlichen Ort! Das sind die Lippen und somit auch der Mund, von wo aus die Keime und Giftstoffe, sehr direkt und schnellstens noch ehe sie verschluckt oder eingeatmet werden, der Auffaugung verfallen, den ganzen Körper durchseuchen und den Menschen um so gefährlicher krank machen, je mehr und je stärker giftbeladene Auswurf- oder Speichelteile einverleibt worden sind. Wenn Massenerkrankungen (Epidemien) entstanden sind, ist das immer ein Zeichen dafür, daß die zahllosen Erkrankten viel mehr Giftstoffe eingenommen haben, als die evtl. beste sog. „Abhärtung" hat aufwiegen können. Ferner ist dies auch ein Beweis dafür, wie wenig man sich noch in gesunden Tagen mit „Unempfänglichkeit" durch „Abhärtung" vertrösten darf, anstatt sich schon beizeiten der mitnachdenkenden, mitarbeitenden Vorbeugungseinstellung zu unterziehen!

So spricht, niest, hustet man dem lieben Mitmenschen tröpfchenweise, aber auch in größeren noch gefährlicheren Quantitäten, direkt ins Gesicht, an den Mund und an ungekocht zu genießende Nahrungs- und Genußmittel und an Eß- und Trinkgeräte. Mit schmierdurchfeuchteten Fingern befaßt und verabfolgt man diese Dinge und schiebt die nach etwa 3 Tagen auftretende Erkrankung bei ruhig unnachdenklichem Gewissen, anstatt auf den verabfolgten Schmier, abergläubisch auf „Erkältung" beim Rodeln, vielleicht auch auf etwas Luftzug an der nächsten Straßenecke.

Man beobachte nur Lesesäle, Geschäftszimmer, Verkehrsanstalten! Einer nach dem andern befeuchtet Aktenzeichen usw. mit beleckten Fingern oder bringt so Beleckes wiederum an den Fingern und diesen beleckten frisch-fröhlich an den Mund! Wo ist der Mensch, der zum Aufkleben von Marken nicht jede mit der ganzen Fläche über die Totalität der Zunge zöge, wenn auch mit noch so nachschmeckend übler süßsaurer Miene! Und wenn man ganz fein ist, beleckt man den ungewaschenen Finger, nachdem er soeben noch einen anderen beleckten zum innigen Händedruck berührte oder sonst etwas Schmutzbeladenes befaßte. Kurzum, klar Sehenwollen und alteingewurzelte Fehlgewohnheiten abstellen, heißt hier die Losung!

Zum Klarsehen muß Obiges hier in Kürze genügen. Auch zur Ziehung der praktischen Konsequenzen bei gesundem Nachdenken. Es genügt also nicht, zu wissen, daß man sich so und so weit vom Kranken fern zu halten und — ich füge hinzu — auch im Krankenzimmer nichts zu genießen hat! Wie aus Obigem zu ersehen, liegen die Gefahren gerade auch außerhalb der direkten Umgebung der Kranken, und zwar in den üblen Gewohnheiten des öffentlichen und häuslichen Verkehrs, an deren Abstellung jeder mitarbeiten muß, will er nicht selbst mit seinen Lieben allzu frühzeitig ein Opfer werden! Und es lohnt sich schon, zu lernen, denn zahlreichen, recht lebensgefährlichen Krankheiten kann man auf dem gleichen Wege vorbeugen, weil sie genau auf dem gleichen Wege wie die Grippe usw. in den Körper einwandern. So die schwer verstümmelnde, oft tödliche Kinderlähmung, die Gesichtsnervlähmung, die vielfach zur Verblödung usw. führende, oft tödliche Gehirngrippe, die Diphtherie, der langandauernde Keuchhusten, die als Giftkrankheit schwer ernstzunehmende Mandelentzündung mit nachfolgendem Gelenkrheumatismus usw, die schon im frühen Alter sehr gefährliche Lungenentzündung, die Genickstarre, ja die Tuberkulose aller Körpergebiete und noch vieles andere! Und über das alles hat man sich in den ersten leicht erscheinenden Anfangsstadien meist mit „ein bißchen Erkältung" hinweggetröstet! bis dann der zu spät hinzugezogene Arzt sorgenvoll feststellen muß, daß man nicht rechtzeitig erwachte!

Hier ist nicht der Platz, die zur Verfügung stehenden durchschlagenden Maßnahmen gegen die genannten Umweltschäden zu besprechen. Daher bin ich bereit, aus meinen langjährigen praktischen Erfahrungen als ärztlicher Leiter von Anstalten, Infektionsabteilungen usw., auch von praktischer Seuchenbekämpfung, alles Wissensnotwendige in Ausspracheabenden durch Antwort und Rede und wirksame Ratschläge, lediglich gemeinnützig, weiterzugeben. Zu diesem Zwecke hat die Leitung der Deutschen Oberschule (früher Seminar) in dankenswerter Weise einen Raum zur Verfügung gestellt für: Freitag, 13. Februar, 17 Uhr, und für Sonnabend, 14. Febr., 20 Uhr. In vorbeugender Absicht stehe ich so lange man es wünscht, zur Verfügung, bitte aber, rechtzeitig zu erscheinen, um Wiederholungen von bereits Klargestelltem, unnötige Zeitversäumnisse und Ermüdungen zu vermeiden! Unkosten entstehen nicht!

Dr. Thun.